

Murray T. Bartle, der Australier, hatte selbst einen abenteuerlichen Fluchtversuch hinter sich: Er und ein Gefährte hatten es bis zum Bahnhof in Genf geschafft, wo sie »von einem halben Dutzend zum Teil mit Maschinenpistolen bewaffneter Schweizer Soldaten und ihren Offizieren sowie einem Charakter in schwarzem Anzug, schwarzem Hut, Ledermantel und Lederhandschuhen« aus dem Toilettenraum geholt wurden, in den sie sich geflüchtet hatten: »Plötzlich waren draussen Schreie und Kommandorufe zu hören. Gewehrkolben wurden gegen die Türen gerammt und auf Englisch ertönte die Drohung: »Come out or we shoot!«.

In seinem Wauwilermoos-Tagebuch vermerkte Murray Bartle für den 18. Oktober 1944 den Besuch einer amerikanischen Zweierdelegation, »eines amerikanischen Majors und eines Captains aus dem Hauptquartier von General Spaatz«, des Oberkommandierenden der alliierten Luftstreitkräfte in Europa. Mitte Oktober 1944 kam der amerikanische Konsul Sam Woods ins Lager. Kurz darauf brach im Wauwilermoos der »Kartoffelaufstand« der Amerikaner aus. Sie fanden das Essen derart unzureichend, dass sie aus Hunger auf den angrenzenden Feldern Kartoffeln ausgruben und in der Glut des Barackenofens backten. Als ihnen darauf das jeweils am Morgen verteilte, knapp bemessene Brennholz ausging, baten sie um neues. Das Holz wurde ihnen verweigert. Es war der 17. Oktober 1944, 19.30, als der Schweizer Adjutant Keller dem Kommandanten Béguin meldete, die Amerikaner drohten, »sie würden Bänke und Tische verbrennen, wenn die Brennholzmenge nicht erhöht werde«. Béguin dürfte solche Auseinandersetzungen geliebt haben. Er drohte ihnen seinerseits mit der Verrechnung aller Kosten dieses »Delikts« und mit Militärgericht. Anderntags traktierte er die amerikanischen Offiziere – und bei gleicher Gelegenheit die italienischen, die mit den Amerikanern in derselben Baracke 5 waren – als »Flegel«, die »sich wie unerzogene Kinder aufführten«, als »Lausejungen« und »Lümmel«. Ein andermal liess Béguin die amerikanischen Strafgefangenen vor sich antreten und »setzte sie mit den Worten herab, sie seien nicht tauglich, ihre Uniform zu tragen«.

Murray Thomas Bartle erwähnt in seinem Tagebuch zwei grosse Ausbruchversuche der Amerikaner. Béguin rächte sich jeweils

an den Zurückgebliebenen und kürzte, so Bartle, »die mageren Essensrationen«: »Die Wachmannschaften schrien durcheinander, rannten durch unsere Hütte, befahlen allen, draussen anzutreten. Sie zwangen uns, in Regen und Schnee dazustehen. Sie waren mit Maschinenpistolen bewaffnet und hielten uns manchmal bis zu einer Stunde so fest.« Danach wurden sie in die Baracken gesperrt.

General Legge, der einen eigentlichen Sinneswandel durchgemacht hatte, übte immer stärkeren Druck auf die Schweizer Behörden aus, denen er Monate zuvor noch jedes Neutralitätspolitische Argument unbesehen abgekauft hatte. Am 19. Oktober 1944 bezeichnete er Fluchtversuche klipp und klar als ein »ehrenwertes Vergehen« und winkte mit dem Zaunpfahl: Eine Änderung der Verhältnisse im Wauwilermoos, so schrieb er Generaladjutant Ruggero Dollfus, »wäre sicherlich geeignet, bessere Beziehungen zwischen unseren jeweiligen Ländern herbeizuführen, wenn der Krieg vorüber ist«, denn er sei sich sicher, »dass das Lager, so wie es jetzt existiert, Gegenstand vieler Klagen sein wird, sobald diese Männer freigelassen sind«.

Am 25. Oktober 1944 besuchte der Davoser Journalist Albert Adler das Wauwilermoos. Adler war Redaktor des »Kriegswirtschaftlichen Beobachters«. Er dürfte sogleich seinen Kollegen Paul Altheer, Redaktor der »Davoser Zeitung«, informiert haben. Dieser setzte sich gleichentags an die Schreibmaschine und beschwerte sich bei »Heer und Haus« über die dortige Behandlung der Internierten: »Es wird als erniedrigend empfunden, dass man, wenn man nicht frieren will, in den gleichen Kleidern, die man tagsüber trägt, schlafen muss, dass man also nicht aus den Kleidern herauskommt (...) Für Reinigung, Waschen, Rasieren etc. ist nur eine einzige Leitung da, die im Freien ist. Es fehlt (...) an einer Douche. (...) Hautkrankheiten sollten nicht selten sein, da es an jeder Möglichkeit zu gesunder und hygienischer Körperpflege fehlt.«

Adler selbst, der sich vier Stunden im Lager aufhielt und viele Amerikaner dort persönlich kannte, da er ihnen in Davos – kostenlos – Unterricht erteilte, schrieb einen mehrseitigen Bericht, den er Oberst Probst, dem Sektionschef des Eidg. Kommis-

sariats für Internierung unterbreitete. Ein Freund Adlers schickte den Bericht am 7. November 1944 auch dem General: »Das mit Mühe herangebildete Verständnis für die Eigenart der schweizerischen Neutralität«, schrieb Adler über seine Gespräche mit den amerikanischen Freunden im Wauwilermoos, »ist spurlos verschwunden. Die Leute behaupten heute, dass die Schweizer Bevölkerung zu mindestens 70% pro deutsch eingestellt sei, dass sie niemals mehr ihren Fuss auf Schweizerboden setzen werden, und dass sie bei ihrer Rückkehr in die Vereinigten Staaten alles daran setzen werden, um die dortige Bevölkerung über diese »schmachvolle« Behandlung aufzuklären und sie davon abzuhalten, jemals wieder etwas mit der Schweiz zu tun zu haben. Sie weisen darauf hin, dass, wenn wir schon neutral sein wollten, wir dann auch nicht die Verdunkelung auf Druck seitens Deutschland [hätten] einführen [müssen]. (...) Man liest dann und wann in den Zeitungen Abschiedsbotschaften von Flüchtlingen, die unser Land verlassen. Diese Botschaften erwecken bei der Bevölkerung die Meinung, als ob alle Flüchtlinge und Internierten unser Land mit einem Gefühl herzlicher Dankbarkeit verlassen. Die Bevölkerung wäre wahrscheinlich sehr erstaunt, wenn sie wüsste, was diese amerikanischen Flieger-Offiziere über unser Land heute denken und auch gewillt sich, nachher andern Stellen mitzuteilen. Ohne unseren Rücken vor irgend einer fremden Macht beugen zu wollen, und ohne uns irgendeinem günstigen Wind anpassen zu wollen, ist es doch klar, dass wir gerade in wirtschaftlicher Beziehung auf die Alliierten nach dem Kriege in grossem Masse angewiesen sind. Das Problem gehört mit grosser Weitsicht behandelt und muss vor allem auch mit den Folgen bedacht werden. Wenn man auf dem Standpunkt steht – wie dies leider bei manchen Stellen der Fall ist –, dass sich jedermann nach unseren Befehlen und Gebräuchen zu richten habe, und dass wir mit vollem Recht den Schulmeister spielen dürfen, dann ist allerdings an diesen Zuständen nicht zu ändern oder zu verbessern. (...) Sofern die Art und Weise der Bestrafung von Fluchtversuchen der amerikanischen Internierten in der gleichen Weise fortgesetzt wird, dann ist mit den schlimmsten Folgen für unser Land zu rechnen. (...) Wir werden Mühe genug haben, Verständnis für unsere speziellen Lebensbe-

dingungen bei den Grossmächten zu finden. Da ist es nicht nur unnötig sondern höchst unklug, diese Verständnisbereitschaft zum vornherein durch ein solches unverständliches Verhalten zu zerstören. (...) Gewiss wird es möglich sein, den einen oder andern Punkt mit juristischen oder bürokratischen Spiegelfechtereien als richtig zu erklären. Aber es wird unmöglich sein, diesen Leuten das Gefühl zu nehmen, sie seien in der demokratischen Schweiz ungerecht behandelt worden, und es wird vor allem unmöglich sein, diese Leute daran zu hindern, dies nachher auszusagen, und gerade an Stellen auszusagen, die für uns von grösster Wichtigkeit sind. Hier können nur politischer Weitblick und eine rasche Tat helfen. Es geht keineswegs darum, Gnaden zu erteilen, sondern Recht zu schaffen.«

H. S. Rüeegger, der Besitzer eines Wollgeschäfts in Davos, schrieb dem Generaladjutanten der Armee am 26. Oktober 1944, in Davos erzählten sich die Leute, »dass es keinen Wert habe, wenn die Schweiz durch das Rote Kreuz so viel Gutes tue, sich aber auf der andern Seite einen so schlechten Namen schaffe«.

Allmählich schien die oberste Armeeführung zu begreifen, dass die Lage ziemlich verfahren war. Den einzigen Ausweg aus dieser Situation sah der Generaladjutant der Armee, Ruggero Dollfus, im Bau eines Entlastungslagers für das Wauwilermoos, das »entsprechend komfortabler eingerichtet werden« sollte. Am 4. November 1944 beauftragte er den eher widerspenstigen Oberst Probst – der sich noch wochenlang darüber ärgerte, dass Béguin »auf einen Journalisten-Trick hereingefallen« war und Redaktor Adler überhaupt ins Wauwilermoos hineingelassen hatte –, dieses zweite Straflager »innert kürzester Frist zu verwirklichen«. Dollfus nahm mit diesem Schritt unausgesprochen eine Empfehlung Albert Adlers auf (»oder aber man schafft ein neues Straflager«).

Von Ende 1944 an kamen die amerikanischen Unteroffiziere nach Fluchtversuchen nicht mehr ins Wauwilermoos – welches im übrigen auf den Jahreswechsel hin einen neuen Lagerarzt bekam –, sondern ins neueingerrichtete, zwischen Cham und Luzern gelegene Straflager Hünenberg. Die Offiziere wurden nach Les Diablerets gebracht. Auch wurden die neu ausgesprochenen Haftstrafen von den Militärgerichten – widerwillig, doch allmählich

– heruntergesetzt. Aber selbst wenn in Hünenberg die offensichtlichsten Missstände vom Wauwilermoos vermieden wurden, blieb es ein mit Stacheldraht umgebenes, von bewaffneten Soldaten und Hunden bewachtes Straflager. Die Genfer Konvention, die lediglich Disziplinarstrafen erlaubt hätte, wurde weiterhin verletzt, und die Proteste rissen nicht ab.

Auch die Fluchtversuche nicht. Roland K. Colgate, der Bordingenieur einer B-24, die am 16. März 1944 gelandet war, schreibt: »Es bestand unter uns ein Konsens, dass Hünenberg etwas besser war als das Wauwilermoos.« Doch die Verbesserungen hielten sich in engen Grenzen: »Wir hatten nur eine Decke, und die meisten behielten zum Schlafen ihre Kleider an. Auf den Brettern, wo wir schliefen, lag Heu. Wir hörten die Mäuse herumhuschen. Es war nicht einfach, das Brot vor ihnen in Sicherheit zu bringen (...). In einer nebligen Nacht unternahmen drei von uns einen Ausbruchversuch. Sie benutzten dabei eine Drahtschere, die der Kaplan der Gesandtschaft bei einem Besuch hineingeschmuggelt hatte. (...) Als die Flüchtenden den Stacheldraht des ersten Zauns durchschnitten, machte das soviel Lärm, dass sie beschlossen, über den zweiten Zaun hinwegzuklettern. Zwei waren schon drüben, als die Wachen die Flucht bemerkten. Sie hielten den dritten Mann fest und feuerten mindestens zwei Schüsse auf die andern zwei ab, die im Nebel verschwanden. Diese hatten sich in einen Graben geworfen und wurden gefunden, als die Wachen die Hunde holten und ihnen nachsetzten.« Peter J. Lysek, Bordschütze einer B-24, die am 20. Juli 1944 bei Erlen/TG abstürzte, hatte in Hünenberg einen anderen Ausbruchversuch mitverfolgt, bei dem drei über den Zaun zu klettern vermochten, ehe die ersten Schüsse fielen. Einer, der sich am Fluchtversuch beteiligt, aber nicht aus dem Lager hinausgekommen war, sei darauf weiss wie ein Leintuch in die Baracke zurückgekehrt: »Wer zum Teufel sagte, diese Bastarde würden nicht schiessen!« habe er gerufen und zugegeben, dass er erschrocken war. Lysek selber, dessen Haftzeit im Lager beinahe um war, hatte sich dem Fluchtunternehmen bewusst nicht angeschlossen: »Ich dachte, ich wäre ja verrückt, das Risiko einzugehen, durch einen verdammten Schweizer umgebracht zu werden.«

V ›IN UNSEREM GLÜCKLICHEN LAND‹

›HANDEL MIT DEM FEIND‹

Wer Alliierte mit dem Argument der »Neutralität« vom Himmel schießt, muss sich schon die Frage gefallen lassen, wie »neutral« er wirklich war. Wenn Amerikaner oder Briten während des Krieges über die Schweiz und ihre vielverkündete Neutralität sprachen, charakterisierten sie diese gerne mit dem Witz: »Die Schweizer Neutralität besteht darin, sechs Tage in der Woche für die Deutschen zu arbeiten, und am siebten Tag für die Alliierten zu beten.« Wenn ihnen nicht nach Scherzen zumute war, konnten sie aber auch ganz einfach sagen, die Schweizer seien »begierig, ihre Wirtschaft auf Kosten alliierter Interessen zu mästen, by playing ball with the nation that has shattered the peace of the world«.

Da infolge Zensur und bundesrätlicher »Geheimpolitik« (›Volksrecht‹) in der Schweizer Presse über die umfangreichen schweizerisch-deutschen Geschäftsbeziehungen mehr geschwiegen wurde, äusserte sich das Unbehagen der Schweizerinnen und Schweizer über diese Formen der wirtschaftlichen Kollaboration lange Zeit nur in Form von Gerüchten. Gerüchte waren das ambulante schlechte Gewissen der Nation.

Dr. August R. Lindt, der Leiter des Aufklärungsdienstes der Armeeorganisation ›Heer und Haus‹, erklärte Gerüchte »aus dem Bedürfnis nach Information«. Sei »die Wahrheit bekannt«, mühe »sich die Einbildungskraft nicht mehr weiter ab, Erklärungen zu finden«: »Das Gerücht benötigt als Lebenselement eine Stimmung der Unsicherheit, der Aufregung und des Misstrauens. (...) Im Gerücht finden unbestimmte Gefühle des Volkes ihre Konkretisierung.« Es bilde »deshalb einen wichtigen Fingerzeig für die Beurteilung der Volksstimmung«. In einer vertraulichen Unterredung mit Bundesrat Etter vom 3. November 1943 präziserte Lindt: »Es

werden immer wieder Äusserungen laut, die bezweifeln, dass unsere Lieferungen nach Deutschland im Einklang mit unserer Neutralität stehen (...). Auf dem Gebiete des Aussenhandels besteht ein vollständiges Vakuum an Information. Um das Vakuum aufzufüllen, greift unser Volk zu allen Informationsquellen, mögen sie auch noch so trübe sein. Unser Volk ist infolge der Geheimhaltungspolitik der Handelsabteilung dazu gezwungen, seine Orientierung über die Aussenhandelsbeziehungen der Schweiz aus Gerüchten und ausländischen Sendern zu schöpfen. (...) Zahlreich sind die Schweizer, die unsere Handelspolitik gegenüber Deutschland als unklug oder gar als unneutral betrachten und mit Bombardierungen unserer Rüstungsindustrie rechnen.« In seinem Schlussbericht über den Aufklärungsdienst schrieb Lindt nach dem Krieg: »Der Schweizer hatte sich schon lange daran gewöhnt, wenn etwas los war, Beromünster ab und den englischen oder den Atlantiksender anzudrehen. Da zahlreiche Schweizer nach und nach zur Auffassung gekommen waren, dass wichtige Dinge doch nicht in den Schweizerzeitungen zu finden wären, fanden die englischen Behauptungen Glauben: Die Schweizerindustrie steigere ihre Waffen- und Munitionslieferungen nach Deutschland, um die Produktionsausfälle der deutschen Industrie wettzumachen.«

August R. Lindt unterschied bei Gerüchten stets die »psychologische Voraussetzung« – in der Gestalt eines Gefühls – und den an sich wahren »Gerüchtekern«. Anlass zur Gerüchtebildung konnten so beispielsweise unter Kindern die silberfarbenen Staniolstreifen bieten, welche die alliierten Bomber zur Verwirrung und Störung der deutschen Radaranlagen abwarfen. Frau Anna Gsell schrieb der Sektion »Heer und Haus« am 6. März 1944 aus Weerswilen bei Weinfelden: »In der Nacht vom Freitag auf Samstag, als so viele fremde Flugzeuge unsern schweizerischen Luftraum durchflogen, fanden die Schulkinder Mengen von solch beigelegten Papierstreifen, schmälere, breitere und auch zweiteilige, lose aneinander flatternde Streifen von Staniol und weissem Papier. Nun erzählen die Kinder so mancherlei, was sie jedenfalls von älteren Leuten gehört haben. So zum Beispiel, dass diese Streifen, wenn sie von der Sonne beschienen würden, hauptsächlich dann im Sommer, explodieren und brennen würden, oder es seien

Streifen mit Schwefelstoff und dürften nicht an die Wärme gebracht werden, kurzum, was sich so Kinder erzählen.« Auch unter Erwachsenen waren die Informationen noch eher lückenhaft. So geisterte etwa in St. Gallen die Vorstellung herum, »die Engländer, die unser Gebiet überfliegen, w[ü]rfen in die Wälder in kleinen Papiersäckchen leicht [ent]zündbare Stoffe ab, die durch Darauftreten etc. in Flammen geraten. Der Luftschutz habe entsprechende Weisung zur Bannung dieser Gefahr erhalten« (W. Wetz, 19.10. 1943). Tatsächlich waren hingegen schon sogenannte »Brandplättchen« versehentlich über Schweizer Gebiet abgeworfen worden.

Die Furcht vor alliierten Strafmassnahmen gegen die Schweiz hatte ihren »Kern« in den Bombardierungen der Fabriken Vichy-Frankreichs durch die Royal Air Force und in der unverblümt vortragenen alliierten Kritik an der Schweiz. Schon im November 1939, als eine Schweizer Delegation unter der Leitung des Industriellen und Diplomaten Hans Sulzer in London das Recht auf Exporte nach Deutschland geltend machte, liessen die Briten die Schweizer Regierung ihren Standpunkt in dieser Frage mit aller nur wünschbaren Klarheit wissen: »Grossbritannien befindet sich in einem Kampf auf Leben und Tod, der [uns] gegen [unseren] Willen aufgezwungen wurde. Es ist eine Überlebensfrage, Deutschland daran zu hindern, sich die notwendigen Ressourcen zur Fortführung des Krieges zu beschaffen, und langfristig kann es auch nicht im schweizerischen Interesse sein, dass Deutschland diese Mittel erhält.«

In Schweizer Armee- und Regierungskreisen war bekannt, dass die Alliierten die enge wirtschaftliche Verflechtung der Schweiz mit Deutschland schwer missbilligten. Am 23. März 1941 schrieb General Guisan dem EMD-Vorsteher Kobelt, »persönlich und geheim«, in Kreisen der britischen Gesandtschaft schein man nicht immer überzeugt zu sein, »dass die zum Import nach der Schweiz zugelassenen Waren nicht weiterwandern nach Deutschland. Man will sogar die Beweisführung dafür antreten können. Aus diesem Grunde müsse sich die Schweiz, solange nicht das Gegenteil bewiesen werde, wohl oder übel in die gleiche Linie gestellt sehen wie die Regierung von Vichy.«

Wären das britische Aussenministerium und der britische Ge-

sandte in Bern, David Kelly (1940-1942), nicht für die Schweiz eingetreten, so hätte das Ministerium für wirtschaftliche Kriegsführung (Ministry of Economic Warfare) nach Abschluss des schweizerisch-deutschen Handels- und Verrechnungsabkommens vom 9. August 1940 eine vollständige Blockade gegen die Schweiz verhängt. Die Schweiz hatte sich damals nach den schweren Luftzwischenfällen vom Mai und Juni 1940 und den unverhüllten Drohungen der nationalsozialistischen Führung zu massiven Konzessionen an das deutsche Reich bereit erklärt, insbesondere zur Gewährung eines 150-Millionen-Kredits.

Dieser Verrechnungskredit erlaubte es den Deutschen, sich im Schweizer Warensortiment frei zu bedienen. Als die Schweiz ihn am 18. Juli 1941 in einem Zusatzabkommen auf 850 Millionen aufstockte – durch Überschreitung der Limite erreichte er sogar die nach damaligem Geldwert erhebliche Summe von 1 Milliarde Franken –, sah sich Grossbritannien schliesslich zu Sanktionen genötigt. John Garnett Lomax, der 1941/42 im Alter von 45 Jahren Handelsattaché in der Britischen Gesandtschaft in Bern wurde, kam in einem Bericht vom 10. August 1941 an das Foreign Office zum Schluss, die Schweiz müsse als »durchlässigste Stelle in der Blockade« gegen Deutschland gewertet werden:

»Bei der grossen Mehrheit der Bevölkerung herrscht eine pro-alliierte Gesinnung vor, aber ungeachtet dessen ist den Schweizern gestattet worden, in eine vollständige Pro-Achsen-Politik abzudriften. Dies während der zwei Monate, die ich jetzt hier bin, zu begreifen, versetzte mir eine ganze Reihe unangenehmer Schocks, und es stellt sich schon die Frage, warum dies so sein soll und ob es ungehindert so weitergehen muss.« Lomax, der sich den Spitznamen »The Tiger« erworben hatte und später seiner Verdienste wegen in den Adelsstand erhoben wurde, kam zum Schluss: »Effektiv haben die Schweizer ihre Neutralität aufgegeben. Erstens, indem sie ihre ganze überschüssige Produktionskapazität in den Dienst der Achse stellten. Zweitens, indem sie deren Industrie finanzieren, um fortlaufenden und ununterbrochenen Absatz sicherzustellen; dadurch werden die normalen finanziellen Grenzen überwunden, die in Friedenszeiten grosse Lieferungen an Deutschland behindern würden – eine ausserordentliche Massnahme (...).

Viertens gestatten sie [die Schweizer] den Deutschen, die Schweiz für den Transit ihrer Waren nach Italien zu nutzen.« Lomax nahm, in diesem Punkt ganz unbritisch, kein Blatt vor den Mund: »Das Argument für dieses schweizerische Verhalten – dass sie aufgrund deutschen Drucks dazu gezwungen seien – stellt nichts als ein Dafürhalten dar und ist wahrscheinlich eine blosser Entschuldigung, die nur dann akzeptiert werden könnte, wenn offensichtlich wäre, dass die Schweizer deutschen Forderungen Widerstand entgegengesetzt hätten«. Dafür, so Lomax, gebe es keinen Hinweis: »Wohin, denken die Schweizer wohl, wird so eine Handlungslinie mit der Fortdauer des Krieges führen? Sie kennen die deutsche Methode: Wenn Druck zu Konzessionen führt, dann führt noch mehr Druck zu noch grösseren Konzessionen, bis das Opfer hoffnungslos ausgeliefert ist. (...) Wenn ich so mit den Schweizern rede, stosse ich bei den meisten auf bemerkenswerte Reaktionen.« Lomax sah den Grund allen Übels darin, dass die »Regierung« und die »strikte zensierte Presse« die »Kollaboration mit der Achse« als »für die Wohlfahrt des Landes notwendig« hinstelle: »Deutsche Aufträge halten die Arbeitslosigkeit tief; deutsche Kohle ist unverzichtbar; jeder Schritt auf die Alliierten zu wäre unvereinbar mit ihrer Neutralität. Die wirklichen Fakten werden der Bevölkerung, ja selbst den Geschäftsleuten, vorenthalten. (...) Wenn unsere und die amerikanischen Nachrichtenmedien beginnen würden, unsere Klagen unumwunden zu äussern, und dies von ein paar Radiogesprächen begleitet wäre, würden die Leute hier begreifen, was für ein gefährliches Spiel ihre Regierung spielt.«

Am 9. September 1941 verhängte Grossbritannien als Reaktion auf das zweite schweizerisch-deutsche Abkommen vom 18. Juli 1941 (Zusatzabkommen) eine Liefersperre für Rohstoffe und Fertigwaren über die Schweiz. Ausgenommen blieben lediglich Getreide und Futtermittel. Dingle Foot, Parlamentarischer Sekretär des Ministry of Economic Warfare, erläuterte diese Massnahme dem Schweizer Botschafter gegenüber am 22. September 1941 mit den Worten: »[D]ie Schweizer Industrie engagiert sich so weitgehend in der Arbeit für unsere Feinde, dass wir, wären unsere Beziehungen zur Schweiz sonst nicht vollkommen freundschaftlicher Art, uns gezwungen gesehen hätten, die Möglichkeit zu Lie-

ferungen in die Schweiz (...) vollständig zu unterbinden.« Ein weiteres Sanktionsmittel war die sogenannte Schwarze Liste der Firmen, mit denen keinerlei Geschäftsbeziehungen mehr erlaubt sein sollten. Auf der ersten vom 13. September 1939 figurieren auf Anhieb zehn Schweizer Firmen, unter anderen AEG, Robert Bosch AG, Telefunken, alle in Zürich, sowie die beiden zur Rhein-Metall AG in Düsseldorf gehörenden Unternehmen Steyr Solothurn Waffen AG und Waffenfabrik Solothurn AG. Die Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon-Bührle & Co. sowie die Bührle-Zweigsgesellschaft Contraves AG wurden am 13. November 1941 auf die Liste gesetzt. Waren am 3. August 1940 bereits hundert Schweizer Firmen und Einzelpersonen gebannt, so stieg ihre Zahl am 21. Juli 1943 erstmals auf über tausend. Am 24. Oktober 1944 erreichte sie den Höchststand von 1352. Nur gerade Argentinien wies damals mehr Einträge auf, nämlich 1697.

»In verschiedenen führenden und einflussreichen Kreisen Londons gilt die Schweiz als mehr und mehr ins politische und wirtschaftliche System der Achse eingegliedert«, hält eine undatierte schweizerische »Note über unsere Beziehungen zu England«, die heute im Bundesarchiv liegt, fest. Im selben Dossier liegt auch ein Protokoll eines Gespräches »über Wirtschaftskrieg und Blockade«, das ein ungenannt bleibender Schweizer – »un Suisse digne de confiance«, heisst es – am 7. Dezember 1941 mit drei alliierten Vertretern führte: mit John G. Lomax, dem bereits erwähnten britischen Handelsattaché, mit Major Fryer, dem britischen Militärattaché, sowie mit einem Mr. Chase von der amerikanischen Botschaft: »Lomax beklagte sich darüber, dass die Schweiz wenig neutral sei. Sie liefere für Hunderte von Millionen Kriegsmaterial nach Deutschland, darunter Präzisionsinstrumente, und verlange Durchfuhr von Lebensmitteln durch die [alliierte] Blockade, um diese Tätigkeit fortführen zu können (...). Die Schweiz sei ein Kriegsarsenal Deutschlands geworden, das England nicht bombardieren dürfe. Unsere Zünder für die deutschen Torpedos dienen zur Versenkung englischer Schiffe, während wir freies Geleit für Schiffe und Lebensmittel verlangten, um Deutschland weiter beliefern zu können. Lomax schätzte die schweizerischen Kriegsmateriallieferungen auf 4% der deutschen Totalproduktion.«

Grossbritannien zögerte nicht in den von Deutschland besetzten Gebieten die Fabriken zu bombardieren. Die »Times« schrieb dazu am 9. März 1942, es sei »zutiefst abstossend, den Tod über zivile Arbeiter zu bringen, die unfreiwillig für ihre und unsere Feinde tätig seien, aber wir müssen uns die Freiheit nehmen, Hitlers Kriegsproduktion zu treffen, wo immer sie angesiedelt ist«. Vier Tage zuvor hatte das gleiche Blatt unterstrichen, diese Fabriken in den besetzten Ländern seien »so deutsch, als ob sie auf deutschem Boden stünden«.

Gegenüber einem »neutralen« Land wie die Schweiz mochte Grossbritannien jedoch augenscheinlich nicht über Wirtschaftssanktionen hinausgehen. Vor alliierten Bomben fühlten sich aber auch viele Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr ganz sicher. Schon am 21. November 1942 fragte sich H. Landolf, Lehrer in Amlikon/TG, in einem Schreiben an »Heer und Haus« besorgt: »Wo, wie und wann wird »die Festung Europa« angegriffen? Wie lange wird England die im Dienste der Achsenmächte arbeitende[n] schweizerischen Industrieanlagen, sowie unsere Verkehrsadern mit Angriffen aus der Luft verschonen?« John Lomax bewies unterdessen, dass er seinen Übernamen »The Tiger« nicht zu Unrecht trug. Hemmungen hatte er auch vor dem Waffenfabrikanten Bührle nicht. Der deutsche Gesandte Köcher berichtete am 27. August 1942 nach Berlin: »Herr Bührle hatte in der letzten Zeit zwei Unterredungen mit dem britischen Handelsrat [Lomax], die ausserordentlich stürmisch verlaufen sein müssen, denn Herr v. Bibra [Legationsrat, nomineller Leiter der NSDAP in der Schweiz] hatte die Empfindung, dass die Erregung über die letzte Unterredung, von der Herr Bührle gerade kam, in ihm noch nachzitterte. Anlass zu der stürmischen Auseinandersetzung war das wirtschaftspolitische Problem der in die Schweiz verlagerten deutschen Zünderaufträge, die Herr Lomax in jeder Art zu hintertreiben versucht. Er hat bereits einige Uhrenfabriken zur Lieferungsunwilligkeit gebracht und beabsichtigt, auf diese Weise fortzufahren, um so auch der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon die Ablieferung der Deutschland vertragsmässig zu liefernden Munitionsteile unmöglich zu machen. (...) Herr Bührle (...) hat aus seiner schweren Verstimmung über das ungeheuerliche britische Vorge-

hen keinen Hehl gemacht. – Herr Lomax führte etwa aus: England im Verein mit den USA würde sich nicht scheuen, der Schweiz gegenüber eine Politik zu betreiben, die die Schweiz vor die Wahl stelle, entweder als Bundesgenosse Deutschlands in den Krieg einzutreten oder sich für die demokratischen Mächte zu entscheiden. Es könne nicht geduldet werden, dass die Schweiz eine doppelsinnige Politik treibe. Wer nicht für die demokratischen Mächte sei, der sei eben gegen sie, und auf die Dauer werde es der Schweiz sowieso nicht möglich sein, ihre sogenannte Neutralität aufrecht zu erhalten. Der britische Druck werde sich mehr und mehr verschärfen. Schliesslich sei die Schweiz eine Demokratie und müsse das Ihrige für die gemeinsamen Ideale tun oder aber man werde sie auf angelsächsischer Seite als Feind betrachten, auf den man keinerlei Rücksicht mehr zu nehmen brauche. Die Schweiz solle daher die wirtschaftlichen Ansinnen ablehnen, die Deutschland an sie stelle ...«

Auf britische Appelle reagierte die Schweiz jedoch lange Zeit nur mit leeren Versprechungen. Als die Briten dahinterkamen, dass die Schweizer Waffen- und Maschinenlieferungen ins deutsche Reich trotz des Ende 1942 ausgelaufenen schweizerisch-deutschen Abkommens und des formell vertragslosen Zustandes weiter anstiegen, »riss« ihnen, wie Oswald Inglin in seinem Buch »Der stille Krieg. Der Wirtschaftskrieg zwischen Grossbritannien und der Schweiz« (1991) schreibt, »die Geduld«: »Im April [1943] stellten sie die Gewährung von Navicerts [Verschiffungszertifikaten] für Brotgetreide und andere Lebensmittellieferungen vorübergehend ein (...). Damit war der Tiefpunkt der englisch-schweizerischen Beziehungen erreicht.« Anfang Mai 1943 erklärte der britische Aussenminister (1940-45) Anthony Eden dem Schweizer Botschafter Thurnherr in London: »Jeder Franken an Kriegsmaterial, das Deutschland von der Schweiz geliefert wird, verlängert den Krieg.« Dingle Foot vom Ministry of Economic Warfare machte dem Schweizer Botschafter einen Monat später, am 5. Juni 1943, unmissverständlich, mündlich und auf dessen Wunsch hin auch schriftlich, klar, dass die britische Regierung auf der Erfüllung »ihrer Forderung nach sofortiger, substantieller Reduktion der Waffen- und Maschinenexporte« beharre.

Als die Schweiz am 1. Oktober 1943 noch einmal einen Wirtschafts- und Verrechnungsvertrag mit Deutschland abschloss – die sogenannte »Sondervereinbarung« – und sich darin zu weiteren Kriegsmateriallieferungen an das deutsche Reich bereit erklärte, musste Grossbritannien einsehen, dass die herkömmlichen Formen der Diplomatie ausgespielt hatten. Der im Oktober 1942 nach London zurückgerufene John Lomax war davon wohl schon lange überzeugt. Über die britische Gesandtschaft in Bern begann Grossbritannien auf indirekte Weise, den Druck auf die einzelnen Schweizer Firmen, die mit Deutschland Geschäfte machten, zu verstärken. Die Unternehmen wurden ohne Umschweife vor die Alternative gestellt, sich entweder schriftlich zu verpflichten, ihre Exporte ins Reich stark einzuschränken, oder aber auf die Schwarze Liste zu kommen. Gleichzeitig beschloss die britische Regierung, über die deutschsprachigen Programme der alliierten Radiosender die Schweizer Öffentlichkeit, die weder von den ausgedehnten Waffenlieferungen noch von der schwarzen Liste der Alliierten irgend etwas wusste, über diese Sachverhalte aufzuklären.

Eines der ersten »Opfer« war die Firma Gebrüder Sulzer AG in Winterthur. Auf deren Weigerung hin, sich zu einer Reduktion ihrer Maschinen- und Motorenlieferungen ins Reich festzulegen, wurde sie mit Mitteilung an die gesamte internationale Presse am 26. Oktober 1943 auf die Schwarze Liste gesetzt: »trade with the enemy«. Damit verbunden waren Blockierung der Vermögenswerte im Ausland, Verweigerung von Navicerts, Visa und Transportbewilligungen. Ausserdem riskierte jede Firma, die mit Sulzer oder einem anderen Unternehmen auf der Liste Geschäftsbeziehungen pflegte, dasselbe Schicksal zu erleiden. Die Schweizer Geschäftswelt, die mit ihr liierte Presse und die Schweizer Regierung heulten auf. Und die Bevölkerung rieb sich die Augen.

In seiner Antwort auf zwei Schweizer Memoranden erklärte es Dingle Foot vom Ministerium für wirtschaftliche Kriegsführung im Oktober 1943 allen, die noch immer nicht verstehen wollten, noch einmal: »Wenn eine neutrale Firma Vorteile aus der Kriegssituation zieht und ihre Verkäufe nach Deutschland oder dessen Satellitenstaaten erhöht, trifft sie tatsächlich die Wahl, die deutschen

Kriegsanstrengungen zu unterstützen und verzögert damit die mögliche Befreiung Europas, ein Ereignis, das ebensowohl im Interesse der neutralen europäischen Länder liegt wie in demjenigen der Vereinten Nationen.«

Die Organisation ›Heer und Haus‹, die sich gewohnt war, die Informationsfäden nach eigenem Dafürhalten zu ziehen, musste sich düpiert vorgekommen sein. Als Dr. A. Wartenweiler, der Leiter des sehr freiheitlichen Internats (›Landerziehungsheims‹) Schloss Glarisegg bei Steckborn am Bodensee mit einem Schreiben vom 26. Oktober 1943 das Gerücht meldete, »die englische Gesandtschaft sei bei der Firma Sulzer in Winterthur in ultimativer Form vorstellig geworden«, hatte ›Heer und Haus‹ (i.A. Aufklärungsdienst Pozzi) in einer Antwort vom 2. November 1943 steif und fest erklärt: »Selbstverständlich ist das Gerücht (...) frei erfunden, und wir sind Ihnen dankbar, wenn sie es überall energisch dementieren.« Bald gab es nichts mehr zu beschönigen. Erst am 4. November erfolgte auch in der Schweiz eine ›amtliche Mitteilung‹ über den Fall Sulzer.

Die Schweizer Bevölkerung selbst war über alliierte Informationskanäle längst im Bild. Frau Jenni aus Bern schrieb ›Heer und Haus‹ am 26. Oktober 1943: »Es macht einen peinlichen Eindruck und ist dem Ansehen unseres Landes abträglich, wenn man vorwiegend Dinge, die uns angehen, zuerst durch ausländische Radiosender vernimmt. Darf man sich da noch verwundern, wenn weite Kreise die ausländischen Sender bevorzugen? Dieser unerwünschten Entwicklung kann nur durch vermehrte schweizerische Nachrichten gesteuert werden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als sei die Haltung gegenüber Deutschland durch eine zuweit gehende Rücksichtnahme – um nicht gerade zu sagen Angstkomplexe – bedingt. Dabei ist es ja leider Erfahrungstatsache, dass Willfährigkeit und Liebedienerei gar manches Volk trotzdem nicht vor Unglück und Not bewahrt hat. Darum: mehr Vertrauen in das eigene Volk.« E. Bischoff aus Olten, der offenbar keine alliierten Sender hörte, machte sich am 27. Oktober 1943 auf seine Weise ähnliche Gedanken: »Die Zeitungsmittelungen

über die Handelsvertragsabkommen mit Deutschland nimmt das Volk immer mit einem gewissen Misstrauen auf. Warum? Weil scheinbare Vorteile immer allzusehr herausgestrichen werden und von Nachteilen sozusagen nie etwas verlautet, obwohl man ja weiss, dass wir gewöhnlich immer die Leidtragenden sind.«

Schon am 6. September 1943 hatte P. Zigerli aus Zürich ›Heer und Haus‹ wissen lassen: »Die Radio-Nachrichten werden stark kritisiert. Sie sind zu zurückhaltend und verspätet, sodass heute allgemein der Atlantiksender oder London eingestellt wird. Man merkt es oft dem Sprecher selbst an in Bern, wie er plötzlich zögert und nicht weiss, ob er etwas sagen darf oder nicht. Man sagt sich sofort – da ist etwas los, und stellt London ein! Das Schweizervolk ist ja schliesslich keine Kleinkinderschule.«

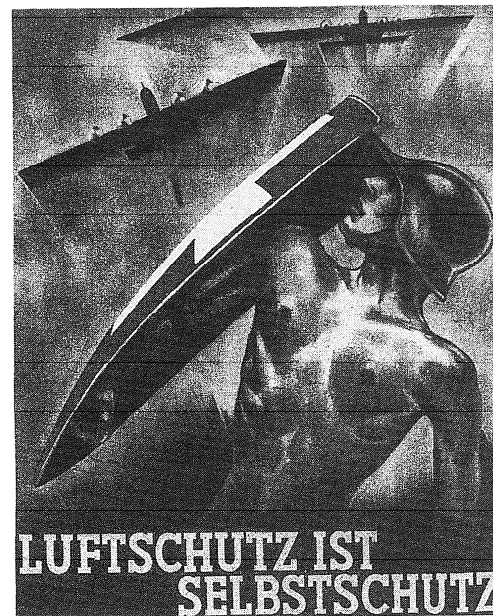
K. Gurtner aus Buochs/Nidwalden stellte am 19.9.1943 ebenfalls ganz generell fest, dass in vielen Fällen nichts oder »erst nach Tagen« etwas gemeldet werde: »Hier sehe ich eine kleine Gefahr, denn die Leute am Radio könnten sich denken, die Schweiz wolle dem Volke nicht soviel Vertrauen geben.«

Nachdem die Sulzer-Affäre endlich publik gemacht war, beschwerte sich E. Bearth aus Chur am 10. November 1944: »Verschleppung von wichtigen Nachrichten und Auskünften in Bern bewirkt Missstimmung; zum Beispiel kann man Nachrichten über schweizerische Angelegenheiten an ausländischen Sendern hören, wenn man sich in Bern oder Beromünster noch lange in tiefes Schweigen hüllt.« Auch Leutnant Hs. Bucher aus Zürich gab die ganze Sache zu denken: »Es ist auch direkt unheimlich, wieviele Leute die englischen Schwarzsender und auch regulären Sender abhören. So hörte ich den Fall der Firma Sulzer im Zuge von verschiedenen Gruppen erörtern, bevor die Schweizer Zeitungen und der Schweizer Radio nur ein Wort darüber berichteten. Dies bedeutet sicher eine Gefahr für uns, da dadurch Falschmeldungen sofort weit verbreitet werden.«

Unterdessen war aber schon längst auch die Waffenschmiede Oerlikon-Bührle ins Schussfeld der Kritik geraten: »Der Englandsender – Atlantiksender – hat letzten Dienstag abends [12.10.1943] einen Brief aus Schweden verlesen, der einen diesbezüglich etwas unsicher machte. Es hiess darin, dass der Leiter und Besitzer

der Maschinenfabrik Oerlikon (...) - Millionär Bühle - (...) auch beteiligt sei in vielen (...) deutschen Zweigfabriken in der Schweiz, die alle bekannt und auf der schwarzen Liste seien«, berichtete B. Stutz am 14. Oktober aus Zofingen.

Am 16. Oktober meldete W. Meyer aus ebendemselben Buochs/NW wie der bereits erwähnte K. Gurtner: »Soeben ist ein Gerücht, das unter verschiedenen Personen ziemlich aufregend wirkte, aufgetreten. Laut englischer Radiomeldung sei die Werkzeugfabrik Oerlikon auf der schwarzen Liste der Engländer. Nun wird schon gemeldet durch Einzelne, Oerlikon werde nächstens bombardiert.« Gleichentags rapportierte auch Oberleutnant Bauer aus Henggart/ZH: »In nächster Zeit werde die Maschinenfabrik Bühle in Oerlikon bombardiert werden, da diese Munition für Deutschland herstelle. Die Sulzerwerke in Winterthur würden aber verschont werden, weil diese keine fremde Munition herstellen.« Korporal Kunz aus Genf berichtete am 21. Oktober 1943: »Es wird behauptet, der britische Rundfunk habe offiziell erklärt, wenn der Auftrag von obgenannter Firma - von deutscher Seite soll der Maschinenfabrik Oerlikon ein Rüstungsauftrag von 2 Milliarden erteilt worden sein - angenommen werde, hätte dieselbe mit unverzüglicher Bombardierung ihres Betriebes zu rechnen.« Otto Büchi jun. aus Möhlin/AG schrieb »Heer und Haus« am 23. Oktober 1943: »Ich kenne solche, die absolut keine Klassenkämpfer sind, die aber erklären: Sollte es auch zu Ende dieses Krieges [wie nach dem Ersten Weltkrieg] zu revolutionären Krawallen kommen, so wird man uns nicht zur Bewachung und Verteidigung von Rathäusern, Fabrikanlagen und Geschäftsvierteln brauchen können; denn wir müssen den Kommunisten in vielen Punkten doch recht geben. (...) Letzthin verbreitete der Londoner Rundfunk in deutscher Sprache eine Polemik über die Schweiz. Es hiess, dass zum Beispiel die schweizerische Werkzeugmaschinen-Fabrik Oerlikon Waffenlieferungen an Deutschland ausführe. Diese böse Saat ist offenbar bei den Schweizer Gemütern auf guten Grund gefallen und gab den Anlass zu Munkeleien. Ich selbst - verzeihen Sie bitte - bin nämlich nicht ganz vom Gegenteil dieser britischen Behauptung überzeugt. Es ist doch bestimmt anzunehmen, dass Teile von Kampfaffen für das Reich fabriziert wer-



Plakat, das seit Februar 1936 für den Luftschutz warb.

den. Von einem Freund, der in einer Speditionsfirma arbeitet, weiss ich jedenfalls, dass in der Schweiz Konstruktionspläne für das OKW [Oberkommando der Wehrmacht] hergestellt werden.«

Die ganze Schweiz schien wie aus dem Tiefschlaf erwacht. Der Jus-Student Walter Tanner aus Bern fragte am 28. Oktober 1943: »Entspricht es den Tatsachen, dass Amerika in einer öffentlichen Radiosendung mit einer Bombardierung Oerlikons drohte?« Josef Dörig aus Appenzell berichtete am 2. November 1943: »Sulzer Winterthur und »Oerlikoner«, andere sagen 17 Fabriken sind auf der schwarzen Liste und können ihre Bombardierungen erwarten.« Werner Bühler aus Uster, gleichentags: »Die Engländer haben am Samstag und Sonntag [30./31.10.1943] folgende Meldung durch den Sender bekannt gegeben. Die Schweiz werde bombardiert, wenn die Lieferungen nicht eingestellt werden. Stimmt's, oder ist es erfunden?« Frau C. Wiedmer-Klee aus Diepflingen/BL stellte am 3. November 1943 fest: »Missstimmung ergaben die Gerüchte, dass diverse Firmen sehr viele Lieferungen an die Achsenmächte machen sollen.«

In der Schweiz konnten über die Jahre hinweg mindestens vier alliierte Geheimsender empfangen werden: der ›Soldatensender Calais‹, der ›Atlantiksender‹, der ›Soldatensender West‹ und der Sender ›Gustav-Siegfried-I. August R. Lindt, der damalige Leiter des Aufklärungsdienstes von ›Heer und Haus‹ und Mitglied der ›Aktion Nationaler Widerstand‹, die damals den Anpassungstendenzen engegentrat, hat diese Sendungen noch deutlich in Erinnerung: »Im ›Soldatensender Calais‹, einem englischen Sender, ist die Schweiz ziemlich angegriffen worden«, erklärt er mir. Gesendet worden sei auf deutsch und zu hören gewesen seien männliche Stimmen: »Das waren Nachrichtensendungen. Der ›Atlantiksender‹ hat mit Bombardierungen von Waffenfabriken in der Schweiz gedroht. Ich habe ihn auch abgehört.« Auf die Frage, wie explizit die Drohungen waren, antwortet Lindt: »Soviel ich mich besinne, ist es eben sehr klar geworden: Die müssen bombardiert werden, es werde zu Bombardierungen kommen, denn diese Fabriken würden Kriegsmaterial an Deutschland liefern. Aber offiziell ist darauf nie eine Bestätigung gekommen. Unsere Gesandtschaft in London hat sich informiert, und die [Britten] sagten immer, sie wüssten von nichts.« Diese Geheimsender hätten sich als deutsche Sender »kamoufliert«, aber wer sie einschaltete, dem wurde schon klar, dass es Alliierte waren: »Der ›Soldatensender Calais‹ hat eine Zeitlang viel Erfolg gehabt in Deutschland. Denn er berichtete über die Bombardierungen von deutschen Städten und Fabriken, bevor die Deutschen diese zugaben. Sie haben eben von der Royal Air Force Nachrichten darüber gehabt, was in der Nacht bombardiert worden ist. Darum hatten sie eine gewisse Glaubwürdigkeit in Deutschland.«

Auch der Historiker und Zeitchronist Jean Rodolphe von Salis hatte damals diese Sender eingeschaltet und sich später sogar einmal mit den Verantwortlichen getroffen: »Ich habe die nach dem Krieg besucht. Wir lachten, weil wir uns gegenseitig abgehört hatten. Sie sagten, sie hätten mich auch auf Band aufgenommen. Der ›sensationellste‹ dieser Sender – nicht der wichtigste, denn das war die BBC – war der ›Soldatensender Calais‹. Der war sehr gut gemacht. Sie haben mit Emigranten und zum Teil auch mit Kriegsgefangenen gearbeitet, welche vom Krieg und vom Nazitum die

Nase voll hatten. Die haben den Ton so gut getroffen: diese gewisse Schnodrigkeit, diese Slang-Ausdrücke, welche die Piloten, Soldaten und Nazis brauchten. Sie haben das so gut nachgemacht, dass die Deutschen die längste Zeit gesucht haben, wo der Sender sein könnte. Sie hatten zuerst den Verdacht, es sei ein Nest in Nord- oder Westfrankreich. Ich habe nachher die Kollegen von der BBC gefragt, wo der Sender versteckt war, und sie sagten mir, in der Grafschaft Kent. Es war einfach ein Zweig der BBC, ein Spezialdienst, selbständig, aber von der BBC bezahlt, organisiert und mit allen Apparaturen versehen. Deshalb konnten ihn die Deutschen nicht ›ausheben‹. Der ›Soldatensender Calais‹ hat wütende Polemik gegen die Nazis gemacht und präzise Informationen über den Stand der deutschen Luftwaffe zur Verfügung gehabt. Sie konnten ganz genau sagen, wieviele Flugzeuge von welchem Typ die Deutschen wieder verloren hatten, wieviele noch vorhanden waren und wo in einem Hauptquartier Krach war zwischen dem Oberbefehlshaber und seinen Untergebenen.« Nach der Landung der Alliierten in der Normandie stellte der ›Soldatensender Calais‹ seine Sendungen ein. Der ›Atlantiksender‹ jedoch blieb.

Ein Bericht von Theo Albrecht aus Wallisellen vom 3. November 1943 weist darauf hin, dass der entscheidende letzte Gedankenschritt – jetzt wird bombardiert – manchmal auch von den Hörerinnen und Hörern selber gemacht worden sein könnte: »Seit einigen Tagen werden im Nachrichtendienst der englischen Rundfunkgesellschaft Namen von schweizerischen Industrieunternehmen genannt, die sehr grosse Aufträge von deutscher Seite erhalten haben sollen und deshalb von der englischen und amerikanischen Regierung auf die Schwarze Liste gesetzt wurden (...). Es ist anzunehmen, dass diese Nachrichten, die auch über den schweizerischen Telephonrundspruch gingen, unter der Bevölkerung eine gewisse Unruhe hervorgerufen haben, zumal sich wahrscheinlich viele Mitbürger über die Bedeutung der von den Alliierten aufgestellten Schwarzen Liste nicht im klaren sind.«

Oswald Inglin ist bei den Recherchen für sein Buch auf eine BBC-Sendung der Reihe »Any Questions?« vom 13. Oktober 1943

gestossen, die sich mit Bührlé befasste. Ausgangspunkt für das Gespräch zwischen dem Moderator und einem eingeladenen Spezialisten war offenbar derselbe Brief eines Schweden, der laut B. Stutz aus Zofingen am 12. Oktober 1943 im deutschsprachigen Programm des ›Atlantiksenders‹ verlesen worden war. Ausschnitt aus »Any Questions?«:

Moderator Richardson: »Ist Ihnen bekannt, dass es auch in der Schweiz viele Fabriken gibt – beispielsweise die grosse Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon bei Zürich –, die für Deutschland arbeiten? Das ist eine in ganz Europa allgemein bekannte Tatsache, aber am britischen Radio hört man nie was darüber. Ist das was ein Engländer fair nennt? (...)«

Studiogast Fraser: »(...) [D]ie britische Regierung hat eine neue Schwarze Liste von Firmen in neutralen Ländern herausgegeben, die für Deutschland schmutzige Arbeit leisten. (...) Ja, Richardson, wir wissen, dass die Maschinenfabrik Oerlikon bei Zürich sozusagen Deutschlands grösste bombensichere [bomb-free] Waffenfabrik ist. Sie produziert jetzt Fliegerabwehrgranaten und auch Fliegerabwehrkanonen. Seit 1940 ist ihre Produktion enorm gestiegen, und ihre gesamte Ausfuhr aus der Schweiz geht an die Feinde der Vereinten Nationen, hauptsächlich an Deutschland, aber auch an Rumänien und bis vor kurzem an Italien. Besitzer der Fabrik, und verschiedener anderer solcher Fabriken in der Schweiz und in Liechtenstein ist der Millionär Emil Georg Bührlé. Er figuriert auch auf der Schwarzen Liste der Vereinten Nationen.«

Die politische Landschaft der Schweiz schien sich auf einen Schlag geändert zu haben. Eine breite Öffentlichkeit erfuhr, dass mit den schweizerisch-deutschen Handelsabkommen etwas faul war. Eine Debatte entbrannte. Aussenhandelspolitik wurde ein Thema. Die Leute begannen wieder, Fragen zu stellen. So schrieb O. Sutter am 5. November 1943 aus Samedan: »Die Warnung Englands betreffend verschiedene Fabriken der Schweiz haben hier ein starkes Echo hervorgerufen. Wie steht es mit den Lieferungen dieser Firmen an Deutschland?« Und der ›Heer und Haus‹-Korrespondent Hans Schellenberg aus Winterthur konstatierte am 7. November 1943: »In Verbindung mit der Erwähnung von Gebrüder Sulzer in Winterthur im englischen Rundfunk ist mir in den

letzten Tagen aufgefallen, wie skeptisch gewisse Teile unserer Bevölkerung der amtlichen Mitteilung des Bundesrates gegenüberstehen. Es scheint tatsächlich Kreise zu geben, die den englischen Nachrichten unbedingten Glauben schenken. Von den amtlichen Communiqués wird etwas geringschätzig erklärt, ›die sagen uns ja doch nicht alles‹ oder ›der Bundesrat ist ja doch für Deutschland‹, er darf es nur nicht zugeben!«

Die alliierte Strategie, durch Einschaltung der Schweizer Bevölkerung den Bundesrat zum Überdenken seiner Politik zu zwingen, traf einen wunden Punkt. Bern sah sich in mehr als einem Sinn an die Einhaltung gewisser elementarer demokratischer Spielregeln erinnert. Zwar wehrte sich der Bundesrat gegen diese ›unstatthafter Eingriffe in die schweizerische Souveränität‹ und verbot am 4. November 1943 den Unternehmen, die von der britischen Gesandtschaft verlangten Erklärungen zu unterschreiben, doch gleichzeitig wurden damals – leider nur unter alliierterem Druck und mit entsetzlicher Langsamkeit – die Weichen erstmals neu gestellt. In neuen Verhandlungen mit den Alliierten versprach die Schweiz im November und Dezember 1943, den Verkauf von Waffen, Munition, Zündern, Flugzeugteilen, Kugellagern, Werkzeugmaschinen, Präzisionsinstrumenten und Radioausrüstungen nach Deutschland etwas einzuschränken. Ein entsprechendes Abkommen wurde am 19. Dezember 1943 unterzeichnet. Als Gegenleistung gewährten die Alliierten neue Nahrungs- und Futtermittellieferungen. Langsam begann die Schweiz gegenüber Deutschland zurückzukrebsen.

Zu langsam allerdings, fanden die Amerikaner, die sich bis zu diesem Zeitpunkt noch zurückgehalten hatten, ihre Geduld aber allmählich verloren. In ihren Augen gingen auch neue Versprechungen der Schweiz vom März 1944 nicht annähernd weit genug. In seiner berühmt gewordenen Radioansprache vom 9. April 1944 erklärte Roosevelts Aussenminister (Secretary of State) Cordell Hull:

»Es ist heute für jedermann klar ersichtlich, dass unsere Macht und diejenige unserer Verbündeten nur einen Ausgang dieses Krie-

ges voraussehen lassen. Es ist jetzt klar, dass wir von den neutralen Staaten nicht verlangen, sich einer sicheren Zerstörung auszusetzen, wenn wir sie auffordern, den Krieg mit allen seinen furchtbaren Folgen nicht durch Unterstützung des Feindes zu verlängern. Wir können uns nicht länger damit abfinden, dass diese Nationen aus den Hilfsquellen der Alliierten Nutzen ziehen, während sie gleichzeitig einen Beitrag zur Vernichtung von Soldaten leisten, deren Opfer ebensowohl zu ihrem eigenen wie zu unserem Wohle gereicht. Wir haben die Souveränität dieser Nationen streng respektiert, und wir werden keine einzige von ihnen nötigen, sich uns im Kampf anzuschliessen. Wir haben aber diesen Ländern erklärt, dass es für sie nicht mehr notwendig sei, sich den Schutz gegen einen Angriff durch Unterstützung des Gegners zu erkaufen, sei es durch die Zulassung offizieller deutscher Agenten, die ihre Spionagetätigkeit gegen die Alliierten innerhalb der Grenzen der Neutralen fortsetzen, sei es durch die Lieferung von Stahl und anderem todbringenden Material nach Deutschland oder durch Herstellung von Waren, die in den zerstörten Fabriken nicht mehr produziert werden können. Wir verlangen von ihnen nur eine Sache, jedoch mit Nachdruck: die Unterstützung des Feindes einzustellen – we ask them only, but with insistence, to cease aiding the enemy.«

Als die Schweizer am 3. Juli 1944 – auf »konstantes und langes Drängen« (Hull) der Amerikaner hin – neue zögerliche Vorschläge zur Reduktion der Lieferungen an das Reich machten, zitierte Cordell Hull am 14. Juli den schweizerischen Botschafter in Washington, Karl Bruggmann, zu sich und setzte ihm die Lage nochmals auseinander: »[W]ir geben zweihundert Milliarden Dollar aus und haben acht Millionen Männer unter Waffen, die an allen Schlachtfrenten kämpfen; (...) wir beliefern Grossbritannien und Russland in enormem Ausmass und wir verlieren Tausende von Leben. (...) [G]leichzeitig ist es nicht unüblich, dass Schweizer Geschäftsleute (...) darauf aus sind, so viel Handel [mit Deutschland] wie möglich beizubehalten (...). [W]enn eine Nation aus gibt, was die Vereinigten Staaten ausgeben, und links und rechts Leben verliert wegen neutraler Hilfe an den Feind, hauptsächlich damit einige Geschäftsleute zufrieden sind, stellt das für dieses

Land [USA] ein äusserst schwerwiegendes Problem dar.« Hull wahrte den Ton, aber die Amerikaner waren über die »Hinhaltetaktik« der Schweizer extrem unzufrieden. Nach sechsmonatigen zähen Verhandlungen erklärte sich die Schweiz am 14. August 1944 erneut nur zu schrittweisen Exportreduktionen bereit. Erst als die Alliierten am 15. August 1944 in Südfrankreich landeten und die amerikanische Armee die Schweizer Grenze erreichte, rang sich der Bundesrat am 27./28. September 1944 schliesslich dazu durch – wieviel hatte es dazu gebraucht –, ab 1. Oktober 1944 keine Rüstungsgüter mehr ins deutsche Reich zu liefern. Dreizehn Rangierlokomotiven sollten aber gleichwohl noch ausgeliefert werden.

BOMBEN AUF DIE SCHWEIZ

Oft wussten die Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr, woran sie mit ihrem Land waren. Denn tatsächlich liessen alliierte Flugzeuge in einer ganzen Anzahl von Fällen ihre tödliche Fracht auch über Schweizer Gebiet nieder. Die Zeitschrift »Luftschutz« meldete in ihrer Schlussnummer vom Dezember 1945: »Etwa 100 Ortschaften und Gemeindegebiete wurden mit Bomben beworfen oder aus Flugzeugen beschossen. Zirka 900 bis 950 Sprengbomben im Gewicht von etwa 130 bis 140 Tonnen und zirka 3500 bis 4000 Brandbomben im Gewicht von etwa 35 bis 45 Tonnen, total zirka 165 bis 185 Tonnen Bomben, wurden abgeworfen.« In Klammern fügte die Redaktion hinzu: »Die auf Deutschland abgeworfene Bombenmenge beträgt rund 2'700'000 Tonnen.« Rund 150 Gebäude seien »total oder schwer zerstört« worden, »während die Zahl der leichten Schäden in die Tausende geht.«

Die Armeestatistik verzeichnet insgesamt 77 Bombenabwürfe bei insgesamt 6501 gezählten Einflügen – 879 durch Achsenflugzeuge, 604 durch alliierte Flugzeuge, 5018 »durch solche unbekannter Nationalität«. Fliegeralarme erfolgten in Basel 530, in Bern 333, in Biel 393, in Genf 258, in Lausanne 399, in Luzern 286, in Olten 495, in Schaffhausen 544, in St. Gallen 347 und in Zürich 407.

Aber auch durch herabfallende Splitter der Schweizer Flab »entstanden in zahlreichen Ortschaften schwere und leichtere Schäden«. Hauptmann Wild aus Basel schrieb »Heer und Haus« am 15. Januar 1945: »Die Bevölkerung in Basel und Umgebung ist darüber unzufrieden, dass die Alarmsirenen bei Überfliegungen fast immer zu spät einsetzen. (...) Sehr häufig schlagen die Splitter unserer Flab auf Dächern und in der Nähe von Menschen ein, die davon um so mehr überrascht werden und getroffen werden können, da noch kein Alarm stattgefunden hatte. Es sollte möglich sein, dass unsere Flab erst mit Schiessen beginnt, wenn die Alarmierung erfolgt ist und jedermann Zeit hatte, sich in Sicherheit vor Splittern zu begeben.« Der Aufklärungsdienst (i.A. Joss) liess da aber nicht mit sich reden. Das Antwortschreiben vom 19. Januar 1945 war eher kühl: »Meiner Ansicht nach sind aber diese Überlegungen falsch. Wenn schon etwas geändert werden sollte, so nicht der Schiessbefehl für die Flab, denn zuerst kommt unsere aktive Landesverteidigung, sondern die Frage der Alarmierung. Immerhin scheint mir aber das sehr gut hörbare Schiessen der Flab ein genügend gutes Warnungszeichen, um die Bevölkerung zu veranlassen, sich in Sicherheit zu begeben.«

In Kümmerthausen/Erlen, Kanton Thurgau, fand in der Nacht vom 20./21. Juni 1943 der Landwirt Eduard Wellauer mit seinen beiden erwachsenen Söhnen Emil und Hans Wellauer durch eine herabstürzende und am Boden explodierende deutsche Flabgranate den Tod. Der Lehrer des Dorfes wurde schwer verwundet. Das Geschoss stammte von einer Fliegerabwehrstellung am deutschen Bodenseeufer. Am 24. Juni 1943 durchschlug eine weitere deutsche Flabgranate das Dach eines Hauses in Arbon, explodierte aber glücklicherweise nicht. Der schweizerische Gesandte in Berlin wurde daraufhin beauftragt, »bei den Reichsbehörden Protest einzulegen«.

Gesamthaft fielen den Bomben und Flabsplittern in den Kriegsjahren 84 Menschen zum Opfer. 70 Personen wurden schwer, 190 leicht verletzt. Jeder einzelnen Bombardierung wurde damals nachgegangen. Nicht immer gelang es, die Hintergründe genau aufzuklären.

In vielen Fällen entledigten sich alliierte Flugzeuge ihrer Bom-

ben, um Ballast loszuwerden, etwa wenn sie in Schwierigkeiten gerieten oder den langen Rückweg antraten, ohne ihre Ziele gefunden zu haben. Meistens öffneten sie ihre Bombenschächte über unbewohntem Gebiet. Wenn nachts die Schweiz aber in ein vollständiges Dunkel getaucht war, gab es dafür keine Gewähr. Bereits am 12. ^{November} September 1940 – fünf Tage nach der Einführung der Verdunkelung in der Schweiz – verlangte der britische Aussenminister (1938-40) Lord Halifax vom Luftministerium, dass die britischen Flugzeugbesatzungen »alles vorkehrten [take pains], um Bomben nicht über Schweizer Gebiet fallen zu lassen. (...) Wenn sie [die Besatzungen] Bomben abwerfen müssen, um Distanz zu gewinnen, sollen sie das in Norditalien tun.« Das Air Ministry instruierte darauf am 17. September 1940 das Bomberkommando, »dass jede Anstrengung unternommen wird, um zu verhindern, dass Bomben auf Schweizer Territorium fallengelassen werden«. Anthony Eden, der Nachfolger von Lord Halifax, intervenierte am 2. Januar 1941 bei seinem Freund Archibald Sinclair, dem britischen Luftminister, und bat ihn, »dass peinliche Sorgfalt [scrupulous care] darauf verwendet werde, keine Bomben auf Schweizer Boden abzuwerfen«.

Es kam trotzdem immer wieder vor. In der Nacht vom 2./3. Oktober 1943 beispielsweise »warfen in der Gegend von Buch am Irchel fremde Flugzeuge etwa 150 bis 200 Brandbomben ab. Sie fielen auf das freie Feld, und zwar in einer Länge von 1500 Metern und einer Breite von etwa 100 Metern. Der Leuchtschein war auf grosse Distanz sichtbar.« In der Nacht vom 15./16. März 1944 stürzte ein von einem deutschen Nachtjagdflugzeug getroffener britischer Lancaster bei Saignelégier ab. Sieben Sprengbomben und 200 Brandbomben, welche die Besatzung, von der niemand überlebte, vermutlich wegen des Feuers an Bord noch abgeworfen hatte, fielen in den Juragemeinden Coeuve, Dampfreux, Epique-rez, Pruntrut und Soubey nieder. Die britische Regierung kam nach dem Krieg für die entstandenen Kosten in der Höhe von Fr. 23'967.– zuzüglich Zinsen und Taxationskosten auf.

Daneben aber gab es auch Bomben, die so gar nicht in dieses Schema der blinden und zufälligen Abwürfe zu passen schienen. Diese »unerklärlichen« Bombenabwürfe beunruhigten und führ-

258
259
D.K.

ten aus verständlichen Gründen zu allen möglichen Mutmassungen. Die allermeisten dieser rätselhaften Fälle lassen sich heute mehr oder weniger aufklären.

In der Nacht vom 11./12. Juni 1940 warfen drei britische Maschinen ihre Bombenlast in der Westschweiz ab. Sieben Bomben fielen um 01 Uhr 27 auf den Bahnhof des Lausanner Vororts Renens: »Die in einem Wohnwagen befindliche Frau Dante wurde auf der Stelle getötet; ihrem Gatten wurde ein Fuss weggerissen. In einem Gebäude in der Nähe des Grand Hotels beim Bahnhof Renens wurde Jules Müller durch einen Bombensplitter im Bett getötet. Im Umkreis von 200 Meter der Bombeneinschläge sind alle Fensterscheiben eingedrückt worden.« Bei Daillens/VD fielen drei Bomben auf offenes Feld. Sechs Bomben gingen um 01 Uhr 50 in Genf in der Nähe der Brücke von Carouge nieder: »Ein Soldat, Fernand Chollet, und eine Frau Eicher sind auf der Stelle getötet worden. Achtzehn Personen mussten in Spitalpflege gebracht werden.« Nach umfangreichen Abklärungen übernahm »die Königlich britische Regierung (...) die volle Verantwortung. (...) Sie hat ihr Bedauern über den vorgekommenen Irrtum und seine tragischen Folgen zum Ausdruck gebracht und die Erklärung abgegeben, dass sie bereit sei, für die Wiedergutmachung der entstandenen Schäden Sorge zu tragen.« Wie britischen Akten zu entnehmen ist, die bis 1991 gesperrt waren, verwechselten zwei Whittley-Bomber die Stadt Lausanne mit der italienischen Stadt Genua. Einem dritten Bomber des gleichen Typs unterlief ein ähnlicher Navigationsfehler. Er hielt versehentlich Genf für die Stadt Turin, deren Fiat Werke das Angriffsziel gewesen wären. Die drei hatten einem Verband von 36 Maschinen angehört und waren über Frankreich in nächtliche Gewitterstürme geraten, die jede weitere Radionavigation verunmöglichten: »Es gibt eine ausgesprochene Ähnlichkeit des topographischen Bildes zwischen Genua und Lausanne«, hielt der Bericht von Luftmarschall Portal vom Bomberkommando fest. Die Crew, die Genf bombardierte, gab an, »dass sie wegen den Strassen, welche die Stadt im Südwesten verlassen, und wegen des Flusses, der gegen Westen geht, auf Turin schlossen (...). Die Betreffenden drücken alle ihr tiefes Bedauern über die Folgen ihres Irrtums aus.«

In der Nacht vom 29./30. Juni 1940 warf ein britischer Wellington Bomber, der sich über dem Schwarzwald wähte und wegen Wind zu weit geflogen war, Bomben über Altmatt bei Rothenturm im Kanton Schwyz ab.

Den Bomben, die am 16. Dezember 1940 – seit 7. November herrschte Verdunkelungspflicht – zwischen 23.05 und 23.10 auf Basel und Binningen niedergingen, fielen vier Menschen zum Opfer. Frau Frida Zorn-Roth in Basel wollte, nachdem sie ihr zweieinhalbjähriges Töchterlein in den Keller gebracht hatte, »nochmals in die Wohnung zurückkehren, um ein warmes Kleidungsstück zu holen. Im Augenblick, als sie den Hausgang passierte, durchschlugen starke Splitter die Türe und trafen die Frau tödlich.« Im nahen Binningen starben drei Menschen. Eine der Bomben hatte ein Wohnhaus verwüstet. Der Basler Regierungsrat ersuchte daraufhin den Bundesrat telegraphisch, »die Verdunkelungsvorschriften für die Grenzzone aufzuheben.« Die drei britischen Piloten, die Basel überflogen und dann eine Schleife zogen, um die Stadt in einem zweiten Angriff nochmals zu überqueren, waren mit höchster Wahrscheinlichkeit identisch mit jenen drei, die laut Bomber Command-Einsatzverzeichnis angaben, zwischen 22.50 und 23.05 – genau in der fraglichen Zeit – über Mannheim in Deutschland gewesen zu sein.

Am Sonntag, den 22. Dezember 1940 um 20 Uhr 49 – es war schon Nacht, die Stadt aber noch beleuchtet, die Verdunkelung war erst auf 22 Uhr angesetzt – fielen Bomben auf das Industriequartier in Zürich. Die britische Maschine griff Zürich zweimal an – kurz vor 21 Uhr und um 21 Uhr 30. Zwischendurch kreiste sie über Baden. Getroffen wurden der Viadukt der Eisenbahnlinie Zürich-Oerlikon an der Josefstrasse sowie die Zahnradfabrik Maag, welche den Deutschen rüstungstechnisch äusserst sensitive »Hobel- und Schleifmaschinen für die Herstellung von Zahnradern höchster Präzision für Panzer- und Luftwaffen-Programme« lieferte. Die Maag wurde von ca. 50 Brandbomben getroffen. Die meisten dieser Bomben fielen jedoch, wie es in einem Bericht der kriegstechnischen Abteilung heisst, »auf freies Gelände (...). Eine davon durchschlug ein Dach eines Gebäudeanbaues. Eine zweite schlug in eine Holzbaracke (...). Eine weitere soll das Dach des

Bürogebäudes der Firma Maag durchschlagen haben und im Innern, ohne wesentlichen Schaden auszurichten, abgebrannt sein.« Ausserdem wurden zwei Wohnhäuser zerstört. Im Haus an der Limmattalstrasse 23 in Zürich-Höngg kam die 65jährige Rosa Nagel ums Leben. Auch der Obduktionsbericht liegt bei den Akten. Es steht da, in der rechten Hand habe die Frau ein Taschentuch gehalten: »Der Tod muss (...) binnen kürzester Zeit eingetreten sein.« Die NZZ berichtete damals: »Aufregende Vorkommnisse pflegen Gerüchte als Reflexionserscheinungen auszulösen. Heute begegnet man der Behauptung, der »englische Radio« habe gestern gesagt, die Schweiz verletze die Neutralität durch Waffenlieferungen an kriegführende Staaten; man werde aber die Fehlbaren trotz Verdunkelung zu finden wissen. Die Stellen, denen die Kenntnisnahme von den Emissionen ausländischer Sender obliegt, stellen fest, dass ihnen von solchen Äusserungen nichts zu Gehör gekommen ist. Wer darüber etwas anderes aussagen will, verdient wenig Glauben, solange er nicht aus eigenem Abhören imstande ist, die genaue Zeit, den betreffenden Sender und den Wortlaut mitzuteilen. Es ist festzustellen, dass sich schon wiederholt Gerüchte auf angebliche Sender beriefen und einwandfrei widerlegt werden konnten.« Solche Dementi vom hohen Katheder herab, die das zugrunde liegende Problem der Waffenlieferungen an Deutschland einfach übergangen, heizten die Spekulationen natürlich nur noch mehr an. Der Fall blieb ungelöst. Die Briten vermuteten ein deutsches Flugzeug. Aber die Bomben erwiesen sich als britischer Herkunft, auch hatten schweizerische Flugabhörstellen chiffrierte britische Peilmeldungen aufgefangen. Das war ihnen auch schon in der Nacht des Angriffs auf Basel gelungen. Die Codes wurden der britischen Gesandtschaft übergeben. In einem Dossier im Public Record Office in Kew bei London sind sie aufgezeichnet, samt einer Teilübersetzung. Bei den »W/T messages« [Wireless Telegraphy] handelte es sich um Positionsbestimmungen. Der britische Militärgeschichtler Raymond Glynn-Owen, der mir die Codemeldung ganz entschlüsselte, erklärte mir, sie bedeute »Ausweichziel bombardiert [alternative target bombed]«. Glynn-Owen interpretiert die Bombardierung Zürichs als Versehen. Die britischen Besatzungen hätten zu dem

Zeitpunkt noch keine zuverlässigen Navigationshilfen gehabt. Wenn sie tief in Deutschland ein Ziel suchten, sei es ihnen oft schwer gefallen, es zu identifizieren... Wie aus diesem Dokument hervorgeht, stammte die »abgehörte« Maschine von der Fliegerbasis Marham in East Anglia und soll sich zur fraglichen Zeit nördlich des Bodensees befunden haben. Vom Bomber Command flogen zur fraglichen Zeit unter anderen vierzehn Maschinen nach Mannheim. Eine andere scheint sich zwischen 20 Uhr 25 und 23 Uhr um die Auffindung ihres Ziels »Railway line 1½ miles West of Koblenz« bemüht zu haben. Auf dem Blatt wurde dieses Flugzeug mit einem Strich markiert. Ob das die bewusste Maschine war?

Zu ebenso hartnäckigen, wenn auch eher lokal begrenzten Gerüchten Anlass gaben die drei 250-kg-Bomben, die am 12. Oktober 1941 kurz nach 22 Uhr auf Buhwil/TG – zehn Kilometer südlich des Bodensees – fielen und ein Wohnhaus zerstörten. Drei Menschen wurden getötet. Recherchen von Heinz Looser zufolge waren damals sogleich Stimmen laut geworden, die von einem beabsichtigten Angriff auf die bloss zwei bis drei Kilometer weit entfernte Seidenweberei sprachen. Sie sei jedoch »verfehlt« worden. Diese Textilfabrik habe, so lauteten die Gerüchte, Fallschirme für die Deutschen produziert. Der ehemalige Direktor des besagten Unternehmens soll jedoch später dementiert haben, dass je Fallschirmseide produziert worden sei. Ein britischer Untersuchungsbericht über die Bomben von Buhwil stellt fest, dass in jener Nacht ein Royal Air Force-Angriff auf Nürnberg stattfand. Ein Flugzeug war dabei bis nach Ingolstadt in Oberbayern gekommen. Das liege, so wurde vermerkt, »40 bis 50 Meilen nördlich des Punktes, wo sich der Vorfall [incident] ereignete«.

Am 7. November 1941 flog ein offensichtlich verirrtes Flugzeug über Basel in die Schweiz ein. Es gehörte zu einem Geschwader, das in jener Nacht Frankfurt und Stuttgart angriff, überquerte aber Zürich, warf über Jonschwil/SG Brandbomben ab, machte kehrt, um danach in Asp/AG »eine hochexplosive Bombe« und östlich von Liestal/BL nochmals zwei Bomben abzuwerfen.

In der Nacht vom 11./12. Dezember 1942 überflogen britische Maschinen die Schweiz. Bei Sins/AG wurden eine 500-Pfund-

Bombe sowie mehrere Hundert Brandbomben abgeworfen. Eine zweite Bombe und weitere zweihundert Brandsätze gingen zwischen Rarogne und Viège im Wallis nieder. Anthony Eden, der britische Aussenminister, intervenierte darauf beim Luftministerium, welches dem Bomber Command einmal mehr die Auflage in Erinnerung rief, die Angriffsrouten nicht über Schweizer Gebiet zu legen.

Ein besonders starkes Echo rief der Abwurf von zwei Sprengbomben in der Nacht vom 17./18. Mai 1943 auf Zürich-Nord zwischen Seebach und Oerlikon hervor. »Ein Blindgänger ging auf der Eisenbahnlinie Seebach-Affoltern-Wettingen nieder, ohne zu explodieren.« Die Abwurfstelle lag nur wenig mehr als einen halben Kilometer von der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon entfernt. Die zweite Bombe fiel etwas weiter entfernt in Seebach auf das Gelände einer Gärtnerei und »zertrümmerte die Fensterscheiben der umliegenden Häuser.« Niemand wurde verletzt. Die Schadenssumme betrug Fr. 9'634.-.

Edgar Bonjour schrieb in seiner »Geschichte der schweizerischen Neutralität«: »Man nahm im Schweizervolk an, dass diese Bombardierungen auf keinem Zufall beruhten, sondern dass – in Oerlikon – die für Deutschland arbeitenden Maschinenfabriken Bührle getroffen werden sollten.« Der Medizinstudent und HD-Soldat Josi Mattli aus Zürich meldete »Heer und Haus«: »Dieser Bombenabwurf wird wieder grösstenteils als Warnung gedeutet: »Jetzt ist's denn genug mit den Waffenlieferungen an Deutschland. Oerlikon, wir raten Dir, höre auf! Sonst kommen wir dann, um Dir Einhalt zu tun.« Bonjour selbst schien zu glauben, dass der Abwurf eine »Warnung« war.

In jener Nacht waren gemäss »Bomber Command War Diary« im Südteil Deutschlands aber lediglich drei »Mosquitos« nach München unterwegs. Sie trugen nur eine vergleichsweise geringe Bombenmenge mit sich. Der Kriegsauftrag dieser schnellen Bomber bestand nach Auskunft von Raymond Glynn-Owen hauptsächlich darin, Alarm auszulösen und die Leute in die Keller zu treiben – mit einem Wort, ein Ärgernis zu sein. Es ist schwer zu sagen, wie es möglich war, dass sich einer von ihnen anscheinend plötzlich über Zürich befand.

Ob nun absichtlich oder aus Versehen – das wird sich wohl nie eindeutig klären lassen – trug die nächtliche Nadelstichtaktik der »Mosquitos« auch in der Schweiz dazu bei, die Spannung aufzuladen. Die damaligen Gerüchte, wonach die Alliierten uns mit diesen Bomben eine Lehre hätten erteilen wollen, stellen ganz losgelöst von der Frage nach ihrem Wahrheitsgehalt eine Realität für sich dar. Sie bilden ein bedeutendes historisches Faktum. An den Bomben fixierte sich das Unbehagen der Nation. Es war, als ob die Volksmeinung nach dem Motto »Verdient hätten wir's ja« nur auf eine Ausdrucksmöglichkeit für das Gefühl von Schuld gewartet hätte. Die alte zwinglianische Vorstellung vom göttlich-väterlichen Zorn, der sich über der Stadt entlädt, wenn sie im biblischen Sinne sündigt, fand im Glauben, dass die Alliierten ein Strafgericht über die Hitlerfiliale Zürich-Oerlikon verhängt haben könnten, eine moderne Ausprägung. Gerüchte sind die Tagträume einer Gesellschaft und enthüllen auch da eine tiefere Wahrheit, wo sie sich als unzutreffend erweisen.

Die Schweiz fand keinen ruhigen Schlaf mehr. Am 21. Juni 1943, einen Monat nach dem mysteriösen Bombenabwurf auf Zürich-Nord, schrieb die NZZ nach einem erneuten nächtlichen Überflug: »In den Frieden der herrlichen Juninacht vom Sonntag auf den Montag heulten kurz vor ein Uhr die Luftschutzsirenen. Ihr unheilverkündender Ruf, durch die atemlose Stille noch mehrfach verstärkt, zerriss gewaltsam die Nachtruhe. Wenn man sich bei dem bisherigen nächtlichen Erscheinen fremder Flieger im schweizerischen Luftraum mit einer fast sträflichen Sorglosigkeit brummend auf die andere Seite gelegt hatte, gab es in der vergangenen Nacht gewiss nur wenige Mitbürger, die ihr Lager nicht verlassen haben. Wohl zum ersten Mal waren nämlich, nachdem der Anfangsalarm aufgehört hatte, die fremden Flugzeuge so deutlich zu hören. Nicht wenige wollen sie sogar mit unbewaffnetem Auge gesichtet haben. Man hatte den Eindruck, als ob die Flieger, die in verschiedenen Wellen zu kommen schienen, in verhältnismässig geringer Höhe über dem Stadtgebiet und dem unteren Seebecken kreisten. (...) Manche »Augenzeugen« wollen kurz aufleuchtende und wieder verschwindende Blitze, andere langsam zur Erde niederschwebende, kleine Leuchtkugeln beobachtet haben; der dumpf-

fe, von weither ans Ohr dringende Knall, der selbstverständlich von unserer Flab herrührte, gab da und dort zu den wildesten Gerüchten Anlass. Nach ungefähr einer Viertelstunde verzog sich das Motorengeräusch in nördlicher Richtung. Die aufgeschreckten Schläfer legten sich wieder zur Ruhe, und nur ein geringer Teil hat den Endalarm gehört, der ungefähr um drei Uhr erfolgte.«

In der Nacht vom 12./13. Juli 1943 warfen britische Flugzeuge über verschiedenen Gemeinden der Kantone Bern, Freiburg, Waadt und Neuenburg Bomben ab, die einen Schaden von Fr. 418'771.15 verursachten.

Selbst der Bundesrat schien sich nicht ganz sicher zu sein, ob die Alliierten nicht schliesslich doch tun könnten, was die Gerüchte prophezeiten: »Da Sie sich für die Frage einer möglichen Bombardierung von neutralen Industriezentren, welche für die Achse arbeiten, interessieren«, schrieb Pilet-Golaz dem EMD-Vorsteher Kobelt am 12. August 1943, »mache ich sie auf das Pressebulletin der britischen Gesandtschaft vom 11. August 1943 (...) aufmerksam, das unter anderem folgenden Absatz enthält: ›Was die in einem Teil der neutralen Presse veröffentlichte Meldung betrifft, wonach die Alliierten die Absicht hätten, die neutralen industriellen Zentren, die für die Achsenmächte arbeiten, zu bombardieren, so ist diese zu absurd, um es zu verdienen, zurückgewiesen zu werden; die boshafte Absicht, die ihr zugrunde liegt, ist allzu offensichtlich.« Die Briten stellten Mitte 1943 die Bombardierungsgerüchte offiziell als deutsche Propaganda hin, die einen Keil zwischen die Alliierten und die Neutralen zu treiben versuche.

Am 1. Oktober 1943 fielen amerikanische Bomben auf Celerina, Jenaz, Filisur und Samedan. Die Bomben – in der Not abgeworfener ›Ballast‹ – stammten von den Maschinen, die zuerst von deutschen Jägern und danach von der Flab der Festung Sargans beschossen worden waren. Wie gesehen, waren ja in der Folge zwei der Flugzeuge abgestürzt. Der Sachschaden in den Gemeinden betrug Fr. 229'082.30. Wie mir Reto Risch, Jahrgang 1913, erzählte, gab insbesondere die Bombe auf Samedan, das Dorf, aus dem er selbst kommt, vielen zu denken. Er war damals als Soldat in Maloja stationiert: »Vor dem bekannten Planta-Haus in Samedan ist ein Platz, und dort sind Flüchtlinge, die wir selber an der

Grenze geholt hatten, gepflegt worden. Die Bombe fiel auf diesen Platz. Aber weil schlecht Wetter war, hat man die Flüchtlinge an diesem Tag nicht draussen, sondern drinnen gepflegt, sonst hätte es einen Haufen Tote gegeben. Das waren Italiener, es hatte auch Juden darunter, die man einfach durchliess. Man durfte ja [an der Grenze] nur uniformierte Leute reinlassen, die anderen mussten wir zurückschicken. Dann haben wir jeweils gesagt: ›Geh runter, komm morgen wieder, dann hast du eine Uniform an.« Dann kam der eine mit einer Matrosenbluse [vom Comer-See], und der andere hatte einen Feuerwehrkittel an, und wir liessen sie rein. Wir hatten ja damals den blödsinnigen Befehl, Zivilpersonen zurückzuweisen.«

Zur schwersten Bombardierung kam es am 1. April 1944 in Schaffhausen. Es war hellichter Tag, als amerikanische Bomber einen eigentlichen Luftangriff auf die Stadt flogen. 40 Menschen starben. Wenige Stunden später drückte ein Vertreter der US-Regierung »seine tiefe Bestürzung und sein Bedauern über die Bombardierung aus, die sich nur durch einen Irrtum erklären lasse«. Am Montag, 3. April, schrieb die ›Washington Post‹: »Der Ausdruck des Mitgeföhls und die Erklärung der begangenen Fehler wird das Schweizer Volk nicht befriedigen können. Auch Entschuldigungen werden das Gefühl der Bitterkeit über diese Verletzung, die durch unsere Sorglosigkeit verursacht wurde, nicht beseitigen. (...) Die Schweizer dürfen einen derartigen Irrtum mit Recht als unverzeihlich betrachten. (...) Dass ›die Jungen nicht wussten, dass sie Bomben über der Schweiz abwarfen, um den Kommandanten der Bombergruppe zu zitieren, ist eine schlechte Entschuldigung. Die Schweizer können antworten, dass sie hätten wissen müssen, wo sie waren, oder dann das Bombardieren [hätten] unterlassen [sollen], bis sie ihre Position mit Sicherheit festgestellt hatten.« Der amerikanische Staatssekretär Cordell Hull gab am selben Tag über Mittag die Erklärung ab: »Kriegssekretär Simson drückte mir sein tiefes Bedauern und die Teilnahme der amerikanischen Luftwaffe für diese Tragödie aus. Er ersuchte mich, dem schweizerischen Bundesrat zu versichern, dass, soweit es im Bereich der menschlichen Möglichkeit liege, jede Vorsichtsmaßnahme ergriffen werde, um in Zukunft derartige unglückliche Er-

eignisse zu verhindern. (...) Es ist selbstverständlich, dass die amerikanische Regierung, so weit dies überhaupt angesichts eines so unglücklichen Ereignisses möglich ist, für eine dem Schaden entsprechende Wiedergutmachung aufkommen wird.«

Wie Hans-Heiri Stapfer aufgrund umfangreicher Recherchen herausfand, hätten am 1. April 1944 »die riesigen Industrieanlagen der IG Farben am Rhein« in Ludwigshafen bombardiert werden sollen. Schlechtes Wetter erzwang die Suche nach Ausweichzielen wie Strassburg und Pforzheim: »Jeweils zwei Gruppen mit je 25 Maschinen teilten sich ein mit H2X-Radar ausgerüstetes Leitflugzeug«, schreibt Stapfer. »Eine Formation, bestehend aus 47 ›Liberator[-Maschinen] der 44. und 392. Bombergruppe, drang besonders weit nach Süden vor.« Obwohl das Radar des Leitflugzeuges an jenem Tag nicht richtig funktionierte, mochte sich der kommandierende Pilot nicht zu einer Umkehr entschliessen. Der Navigator dieser Maschine war C. H. Koch. »Als sich die Sicht zu bessern begann«, schreibt Stapfer weiter, »entdeckte Koch mit Erstaunen den Bodensee vor sich. Ungünstige Windverhältnisse hatten ein Abdriften der Formation um etwa 180 km in südöstlicher Richtung bewirkt.« Hinzu kam offensichtlich, dass die Mannschaft glaubte, alle Städte nördlich des Rheins seien deutsch, wie August R. Lindt sich erinnert. Stapfer weiter: »Nervosität machte sich im Führungsflugzeug breit (...), dazu belästigte ein deutscher Focke-Wulf-Fw-190-Jäger immer wieder die Formation, was die Besatzung im Glauben bestärkte, über Deutschland zu sein. (...) Als dann unter den Fliegern Schaffhausen als erste grössere Ortschaft auftauchte, zögerte der Kommandopilot keine Sekunde und gab Befehl zum Bombenabwurf, (...) bevor die Stadt in irgendeiner Weise identifiziert werden konnte.« Es war 10.51 Ortszeit. Die Bomben der 392. Gruppe explodierten »in der Gegend von Schlatt bis zum westlichen Ausläufer des Kohlfirstwaldes (...), ohne in der Stadt Schaden anzurichten«. Die dahinter fliegenden 24 Maschinen der 44. Bombergruppe hatten »laut Instruktionen vor dem Start« (Stapfer) dasselbe Ziel zu bombardieren wie das Führungsflugzeug der 392. Gruppe. Hauptmann Martin, der sie anführte, und sein Navigator merkten jedoch, dass sie sich »über der Schweiz befanden und gaben deshalb keinen Befehl zum Abwurf.

(...) Neben Martin bemerkten noch acht weitere Piloten den Irrtum, doch 15 Flugzeuge aus den letzten zwei Staffeln der 44. Gruppe handelten nach Befehl und in blanker Unkenntnis ihres Standorts. Da [sie] fünf Minuten später [als die 392. Gruppe] über der Stadt auftauchten, blieb den Bombenschützen mehr Zeit, ihre ›Norden-Zielgeräte richtig einzustellen und die Katastrophe heraufzubeschwören. Wegen der strikten Funkstille konnte Martin seine Einheit nicht warnen.«

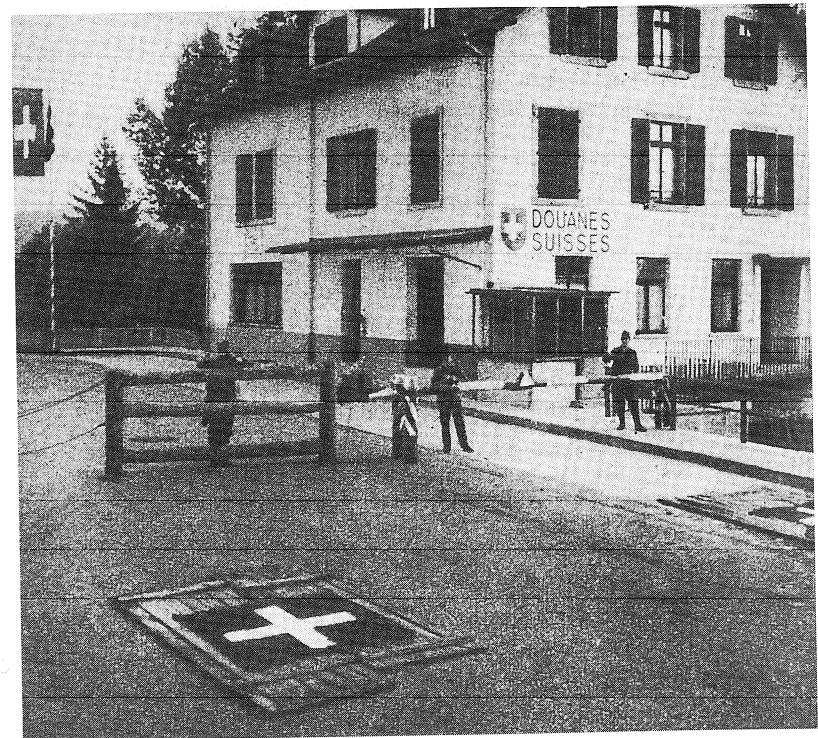
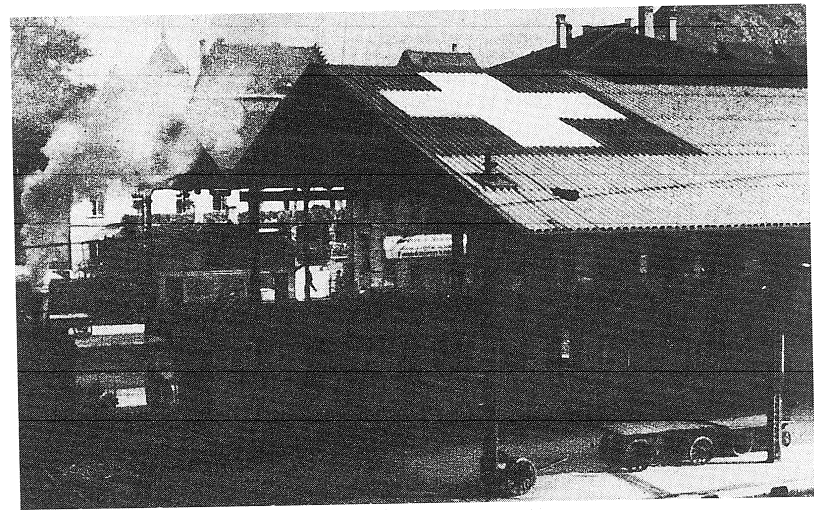
Bomben fielen auch auf einige benachbarte Gemeinden in den Kantonen Zürich und Thurgau. Lead-Navigator Captain C. H. Koch wurde gemassregelt und seiner Führungsposition enthoben. Die amerikanische Regierung stellte der Schweiz umgehend eine Million Dollar für den Beginn der Aufräumungsarbeiten zur Verfügung. Unverzüglich erteilte der Oberbefehlshaber der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa, General Carl Spaatz, den Fliegerbesatzungen den Befehl, »in Zukunft Ziele, welche sich näher als 80 km von der Schweizergrenze befinden, nur dann zu bombardieren, wenn diese Ziele mit absoluter Sicherheit identifiziert wurden«. Der Bundesrat bezifferte schliesslich an seiner Sitzung vom 28. Juni 1946 die für Schaffhausen »an die Amerikanische Regierung zu stellende Ersatzforderung« auf Fr. 35'928'829.– »nebst 5% Zins vom 1. April 1944 an«. Da es auch in Schaffhausen Industrie- und Verwaltungsbetriebe gab, die Geschäftsbeziehungen mit Deutschland unterhielten – auf der Schwarzen Liste der Alliierten waren unter anderen die Fibroplat AG, die Globag AG, die A.G. für In- und Ausländische Werte, die Masstabfabrik AG, die Osmon AG, die Rotopulsor AG, Transitverkehr (Filiale der Transit Transportgesellschaft m.b.H., Singen/D), die Triton-Beteiligungs- und Verwaltungs AG – konnten ungeachtet aller amerikanischen Entschuldigungen Gerüchte nicht ausbleiben: »Jetzt bei der Bombardierung Schaffhausens sagen einige, das sei recht, jedenfalls haben das die Amerikaner extra [absichtlich] getan, damit wir aufhörten, für Deutschland zu arbeiten«, berichtete die ›Heer und Haus-Korrespondentin Frau Lüscher am 4. April 1944 aus Degersheim/SG.

Umgekehrt liessen sich die deutschen Propagandastellen die Gelegenheit nicht entgehen, um den Schweizern gegen die Alliierten

ten ›beizustehen‹. Der ›Alb-Bote‹, eine Zeitung aus Waldshut, titelte: »So wüteten die Luftgangster in Schaffhausen! (...) Terroranriff auf die Schweizer Stadt. Offensichtlich mit Willen angegriffen«. Die Redaktion führte weiter aus: »Die Bomben, die nord-amerikanische Terrorbomber am Samstag mittag auf die neutrale Schweiz warfen, sprechen eine beredte Sprache. Sie legen Zeugnis darüber ab, dass es den Verbrechern der Murder Incorporated nur darauf ankommt, ihrer Mordlust freies Spiel zu lassen. Der Angriff auf Schaffhausen ist der klare und eindeutige Beweis für den absoluten Terrorcharakter der anglo-amerikanischen Luftangriffe.« Andere deutsche Zeitungen meinten, »der Gangsterüberfall auf Schaffhausen« sei »ein blutiges Fanal für alle Neutralen«. Der ›Völkische Beobachter‹ schrieb: »Wer in der Schweiz noch geglaubt haben sollte, dass die Verwüstung deutscher Städte rein militärischen Zwecken diene, der wird durch das Beispiel in Schaffhausen eines anderen belehrt sein.«

Die Bombardierung der nördlichsten Schweizer Stadt führte in Regierungs- und Armee-Kreisen zu einem längst fälligen Umdenken. Mit dem Hinweis auf »die Sicherheit der Bevölkerung« beschloss der Bundesrat am 12. September 1944 »eine deutliche, weit sichtbare Kenntlichmachung der Grenze« sowohl in der Nacht wie am Tage. Die Landesregierung verwies dabei auf ein Schreiben General Guisans vom 9. September 1944, in welchem dieser erklärte, »[a]ls taugliches Mittel für die Markierung der Grenze bei Tag erachte er die Anbringung von Fahnen und Flaggen und das Bemalen der Dächer mit Schweizerkreuzen. Bei der Nacht jedoch könnte die Grenze wohl am zweckmässigsten nur durch Aufhebung der Verdunkelung den Fliegern kenntlich gemacht werden.« Laut Bundesrat sollte die »öffentliche Beleuchtung in den Grenzgebieten (...) in vollem Umfange die ganze Nacht eingeschaltet« bleiben. »[E]inzelne, besonders nahe an der Landesgrenze liegende Gebäulichkeiten« hätten sich »diesem Beleuchtungszwang ebenfalls unterzuordnen«.

General Guisan hatte schon am 22. Oktober 1940, vor der Einführung der Verdunkelung, betont, »[d]ie Gefahr von Bombenabwürfen über dem verdunkelten schweizerischen Territorium [werde] erhöht«. Der General begründete die Aufhebung der Verdun-



Oberes Bild: »Hoheitsabzeichen auf dem Perrondach des Bahnhofs Schaffhausen« (Originallegende der Zeitschrift ›Luftschutz‹, Oktober 1944). Unteres Bild: »Fahne am Mast und auf der Strasse ausgelegt bei einem Zollhaus an der schweizerisch-französischen Grenze« (›Luftschutz‹).

kelung denn auch nicht zuletzt mit einer Eingabe des Kantons Basel-Stadt, der dringend um diesen Schritt nachsuchte. Genauso wie die Einführung der Verdunkelung verlief auch deren Aufhebung nicht ohne Peinlichkeiten. Als wäre es das Selbstverständlichste der Welt, verfiel das Land von einem Extrem ins andere. Die Schweizer Kreuze auf den Dächern jedenfalls gemahnten angesichts der Flughöhen der Bomber eher an Schutzmagie, und so verständlich der Wille zur Verhinderung sinnloser Kriegsoffer auch war, so suggerierte die plötzliche Lichterfülle doch eine Normalität, die vor dem Hintergrund der jahrelangen wirtschaftlichen und monetären Zusammenarbeit mit Deutschland unwirklich und scheinheilig wirkte.

Die Arglosigkeit hatte etwas Künstliches. Im Lokalteil der Neuen Zürcher Zeitung stand zu lesen: »Komm auf den Balkon, wir wollen das Licht nach zehn Uhr brennen lassen, seit vier Jahren wieder das erstemal und vielleicht wird es nun so bleiben, bis an unser Ende, und auch unser Kind wird nie mehr die schwarzen Trauergehänge vor die Scheiben ziehen müssen. Mög es so sein. Es ist ein historischer Abend (...). Es gingen viele Leute auf die Strasse, um die neue ville lumière zu geniessen und in einem Licht zu flanieren, das sie seit dem 7. November 1940 nach zehn Uhr entbehren mussten. Das Neue bestand darin, dass nach den zehn Uhrschlägen, auf die übrigens bald ein Fliegeralarm folgte, keine Laterne, kein Schaufenster, keine Lichtreklame, kein Fenster löschte, keine Läden herunterfahren, keine Vorhänge gezogen wurden und sowohl das stehende Licht der Häuser als auch das fahrende Licht der Trams und andern Fahrzeuge nicht schlafen ging. Die Lichtbijouterien auf den schwarzen Samthängen am Zürichsee erlöschten nicht, unsere grossen Plätze fallen nicht ins Dunkel zurück, in vielen Treppenhäusern und über den pariserischen Tischen vor den Restaurants zündet keiner mehr die blauen Lämplein mit dem kranken Licht mitternächtlicher Spitalsäle an. An der Bahnhofstrasse bleibt nun der Schaufensterkursus mit sichtbarem Wohlbehagen im Projektionslicht liegen, bis auf jene Schaufenster, die ihre automatische Schaltung noch nicht umgestellt haben. Die Herren mit den eingefrorenen Gebärden in den grossen Schaufenstern bei PKZ kosten ihr Licht aus, und die Puppen

bei Franz Carl Weber sehen uns schelmisch an wie Kinder, die länger aufbleiben dürfen, weil Papa nach der Uhr zu sehen vergass. Das Deutsche Reisebüro hingegen hat noch immer verdunkelt, als ob es die Solidarität mit seinen Bruderfenstern in Deutschland nicht brechen wollte. (...) Aber, sagt der Poet, auch schlimme Zeiten haben ihren Zauber. Es war die Verdunkelung, die uns die Landschaft in die Stadt getragen hat. Erst wenn die Neonröhren, diese krämerische Lichtgraphik, diese monumentalen Inseratenseiten auslöschten, erst wenn es wirklich dunkel ward, so wie es auf dem Land draussen über den Wiesen, Feldern und Wäldern dunkel wurde, erst dann erlosch auch das herrische Gesicht der Stadt. Wir haben nach der Einführung der Verdunkelung vor vier Jahren wieder den Mond entdeckt. (...) Und wenn er schien, wie silbern tropfte es von den Lindenbäumen der Bahnhofstrasse, wie schön warfen die Häuser ihre Schattenteppiche über die Strassen und Gassen und kein künstliches Licht stumpfte unsere Augen gegen den Glanz der Sterne ab, die wir wieder schärfer und näher sahen, auch vom Bellevueplatz oder vom Bahnhofplatz aus.«

ALLEIN GEGEN DEN REST DER WELT

»Ich kann mich oft des Eindrucks nicht erwehren, dass allzu viele in unserem glücklichen Lande die Ereignisse, die sich ausserhalb unserer Grenzen abspielen, so etwa wie das Abrollen eines Filmes betrachten, der zwar zu erschüttern vermag, der aber für uns nichts weiter bedeutet und vor allem auf unser Dasein ohne Einfluss ist, eben wie ein vorüberziehendes Schaustück«, urteilte Heinrich Homberger, einer der es wissen musste, 1944 in einer Rede. Homberger war Direktor des »Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins«, des Spitzenverbands der Schweizer Wirtschaft, und Mitglied jener »Ständigen Verhandlungsdelegation«, welche der Bundesrat im September 1939 als oberstes Gremium der schweizerischen Aussenhandelspolitik eingesetzt hatte. Die Delegation, der auch Jean Hotz, der Direktor der Handelsabteilung im Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, sowie Ro-

bert Kohli, Chef des Rechtsbüros im Eidg. Politischen Departement, angehört, führte gerade harzige Gespräche mit den Alliierten, als die Nachrichtenagentur Reuter in London am 26. November 1944 meldete, die sowjetische Parteizeitung »Prawda« erhebe schwere Vorwürfe gegen die Schweiz: »Die »Prawda« hebt gegenüber den »Verteidigern der neutralen Schweiz« in der ausländischen Presse hervor, dass die Schweiz Deutschland umfangreiche wirtschaftliche Hilfe habe zuteil werden lassen, und erklärt, dass diese »Tatsachen« die heuchlerische Maske von der »Neutralität« der »demokratischen« Schweiz weggerissen habe. Die Schweiz habe damit bewiesen, dass sie ein aktiver Helfer des deutschen Faschismus gewesen sei.«

Anderntags waren in den »Basler Nachrichten« die von der »Prawda« gelieferten Zahlen nachzulesen. Die »Sektion Ein- und Ausfuhr« der Kriegstechnischen Abteilung (K.T.A.) im Eidg. Militärdepartement beeilte sich daraufhin, der erwähnten »Ständigen Verhandlungsdelegation« unverzüglich eine »Gegenüberstellung der in (...) der »Prawda« aufgestellten Behauptungen (...) mit den durch die Kriegstechnische Abteilung (...) gemachten Erhebungen« zuzustellen. Diesen Angaben der K.T.A vom 30. November 1944 zufolge hatte die Werkzeugmaschinenfabrik Bührlé & Co. Oerlikon, im Jahre 1942 1'191 Stück 20 mm Flab-, Infanterie- und Marine-Kanonen sowie 250 Stück 20 mm Flugzeug-Maschinen-Kanonen nach Deutschland ausgeführt. »Ausserdem wurden für Kanonen obgenannter Art geliefert: 20 mm Ersatzläufe 6'315 Stück. Totalwert dieser Lieferungen 48'701'400.- (...). Oerlikon lieferte an Deutschland im Jahre 1943 im gesamt: 20 mm Flab- und Marine-Kanonen 1'195 Stück, 20 mm Ersatzläufe 4'506 Stück. Totalwert Fr. 44'493'800.-.« Hinzu kamen für 1943 1'513'650 Stück 20 mm Flabgeschosse, 944'350 75 mm Geschoszlünder im Wert von Fr. 57'688'000.-. Ins faschistische Rumänien wurden von Bührlé im gleichen Jahr 475 Stück 20 mm Flabgeschütze im Wert von Fr. 16'186'700.- ausgeführt.

Die Waffenfabrik Solothurn lieferte 1943 750 Stück 20 mm Tankbüchsen zum Preis von Fr. 11'131'600 nach Italien. Die Hispano-Suiza exportierte im gleichen Zeitabschnitt 754 20 mm Läufe im Wert von Fr. 509'000.- nach Deutschland. Die Firma Tava-



20 mm Infanterie- und Fliegerabwehrgeschütz »Oerlikon«: Schiessen auf Schlepptziel.

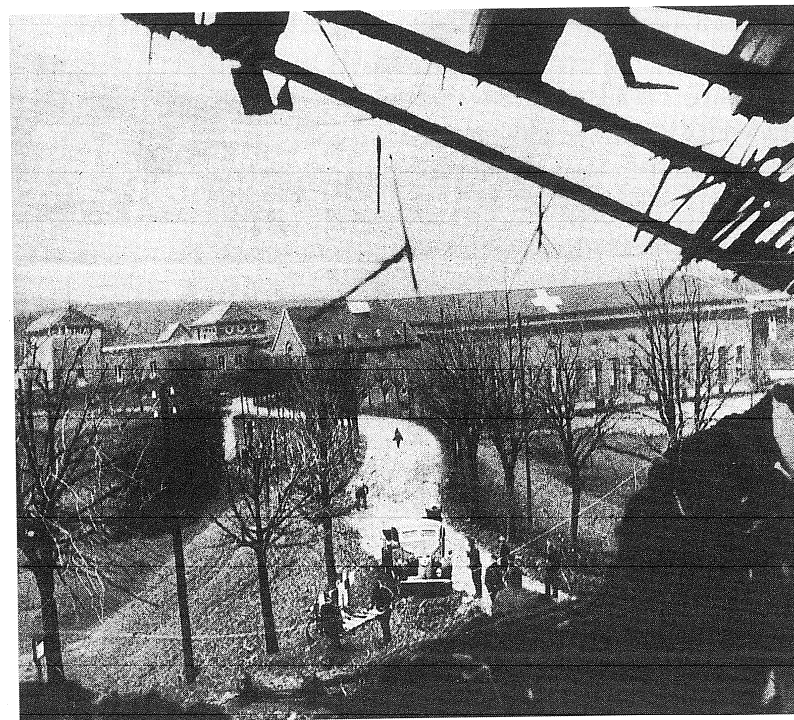
ro in Genf tätigte ausserdem 1942 eine Lieferung von 1'107'000 Geschoszlündern zum Preis von Fr. 37'128'000.- ins Deutsche Reich.

Die »Prawda«-Zahlen lagen nur leicht höher und sprachen z.B. von 1'207 Flabgeschützen für 1943 statt 1'195 oder von 8 Millionen 20 mm Flabgeschossen statt 1,5 Millionen. Offenbar war der sowjetische Geheimdienst gut informiert.

In einer »Akttenotiz zur Londoner Reuter-Meldung« hatte die K.T.A. am 28. November 1944 für die Verhandlungsdelegation auch die Zahlen für die gesamtschweizerischen Rüstungsausfuhr nach Deutschland zusammengestellt:

In Millionen Fr.	1938	1939	1940	1941	1942	1943
Waffen	0,147	0,072	19,732	63,556	58,706	56,373
Munition	0,012	0,003	14,393	59,411	53,260	76,900
Zünder	0,422	0,472	0,493	30,811	59,258	66,538
Kugellager	0,216	0,602	1,516	3,263	7,099	9,298
Werkzeugmasch.	8,820	9,307	15,434	48,896	79,862	79,802
Total	9,617	10,456	51,568	205,937	258,185	288,911

Trotz allen Beteuerungen gegenüber den Alliierten, die Rüstungslieferungen an Deutschland würden reduziert, waren sie 1943 auf die verglichen mit dem damaligen Geldwert sehr hohe Summe von 289 Millionen Franken angestiegen. Die Rüstungsgüter, Kugellager und Werkzeugmaschinen inbegriffen, machten 1943 48,3% der Schweizer Ausfuhren nach Deutschland aus (1940: 18,1%; 1941: 35,7%; 1942: 39,4%). Der Bericht der K.T.A. ging auch auf die »Elektrizitätsausfuhr« der Schweiz ins Reich ein: »Die von der »Prawda« gemachte Angabe, wonach wir ca. 1/8 unserer Energieproduktion nach Deutschland exportieren, stimmt ungefähr. Dabei ist aber zu beachten, dass ein beträchtlicher Teil der schweizerischen Energie aus Grenzkraftwerken am Rhein erzeugt wird. Diese Grenzkraftwerke gehören entsprechend den bestehenden Hoheitsverhältnissen je zur Hälfte den beiden angrenzenden Staaten.« Als die Schweizer Armee im Herbst 1944, wie bereits am Rande vermerkt, ihre Flabtruppen entlang der Rheinlinie an mehreren Abschnitten gegen die deutsche Grenze konzentrierte, geschah dies ausdrücklich, um diese Flusskraftwerke gegen allfällige Bombardierungen seitens der Alliierten zu »schützen«, und das Aare-Kraftwerk Beznau, in dessen Rechen, wie ebenfalls schon berichtet, einer der drei am 25. Dezember 1944 beim Abschuss von Würenlingen ums Leben gekommenen amerikanischen Flieger gefunden wurde, dürfte vermutlich auch Strom für das Nazi-Reich produziert haben. Der Schweizer Militärhistoriker Werner Rutschmann schreibt: »Am 9. November [1944] bombardierten alliierte Flugzeuge bei Rheinfelden die Bahnlinie. Im Armeekommando wurde das nahe gelegene schweizerisch-deutsche Grenzkraftwerk Eglisau als Angriffsziel vermutet. Am 15. November



»Blick von der beim Bombenangriff auf Rheinfelden am 9. November 1944 zerstörten »Jacobsburg« auf das NOK-Kraftwerk Rheinfelden, mit dem Schweizerkreuz auf dem Dache« (Originallegende »Luftschutz«, Dezember 1944).

befahl der Oberbefehlshaber der Armee: »Die Rheinkraftwerke zwischen Eglisau und Basel, exkl. Stauwehr Rheinfelden, sind durch Flab-Schutz gegen Fliegerangriffe zu sichern.« Das Streichwehr Rheinfelden lag auf deutschem Hoheitsgebiet; die zu sichernden Werke waren: Eglisau, Reckingen, das Wehr von Albbuck-Dogern, Laufenburg, Riburg-Schwörstadt und Augst-Wyhlen.«

Die Alliierten waren nicht blind – und auch nicht dumm. Kaschiert – mit ihren vorgeblich deutschen Geheimsendern – versuchten sie wenigstens mit propagandistischen Mitteln, die Schweiz zur Räson zu bringen. Am 21. Juni 1943 meldete der Schweizer Leutnant A. Remund der Sektion »Heer und Haus«: »Sicher kennen Sie den Schwarzsender »Gustav-Siegfried-I«. Am Samstag (19.6.1943) beschäftigte er sich wieder mit der Schweiz.

Er machte folgende Angaben: »Die Schweiz ist das Land, das uns Deutsche am meisten unterstützt hat. Die Elektrizitätsmenge, die uns durch die alliierten Bombenangriffe verloren ging, wird durch freiwillige Einschränkung des Schweizervolkes zu Gunsten Deutschlands gedeckt und 2¼ Millionen kW ausgeführt.« Oerlikon liefere die gesamte Flak [Fliegerabwehrkanonen] für Wien, Salzburg etc. Direktor Bührlé hätte erwirken können, dass 2000 Schweizer nach Deutschland gegangen seien und dass diese Leute für 3 Monate die Lebensmittel aus der Schweiz erhalten hätten. Tavano [in] Genf liefere monatlich 50'000 Granaten, in die nur noch die Sprengladung eingesetzt werden müssten. Technika Grenchen fabriziere täglich 2000 Zünder. Lokomotivfabrik stelle alle Lokomotiven für Deutschland her, insbesondere Gasturbinen. Eine Fabrik in Bern liefere Tausende von Flammenwerfern. Eine Fabrik in Männedorf arbeite ausschliesslich für Deutschland. Dem Wortlaut nach könnte man meinen, der Sender sei in Deutschland selber. Das interessiert mich jedoch nicht. Ich frage Sie nur an, ist das wahr, was hier gesagt wurde und was sicher viele Schweizer gehört haben – hauptsächlich Studenten frequentieren diesen Sender der Kuriosität halber stark –, und wenn ja, kann man dem noch neutral sagen, was zum Beispiel Tavano macht?« Frau Pfarrer Schlatter aus Zürich berichtete am 7. Juli 1943: »Nachbarinnen, die fleissig den Radio konsultieren und ausländische Schwarzsender abhören, vernahmen von einem deutschen Schwarzsender durch einen Sprecher namens Gustav Siegfried mehrmals folgende unser Land angehende Nachrichten: 1. Schweizer Stromdrosselung zu Gunsten der deutschen Rüstungswerke. (Schramberg [Baden-Württemberg]) 2,25 Millionen kW pro Tag. Direktor Bührlé, der 20 Millionen Granaten und prima Zeitzünder liefert.« U. Petermann aus Celerina unterrichtete »Heer und Haus« am 18. Oktober über ein Gerücht, das auftauchte, »[a]ls fremde Flugzeuge das Engadin überflogen«: »Letzthin ist mir zu Ohren gekommen, dass die Engländer den Stausee auf Bernina bombardieren wollten, damit keine elektrische Energie von dort nach Italien gehe.«

Wie wichtig die Schweizer Lieferungen für die Kriegsführung des Deutschen Reiches waren, geht aus den Aufzeichnungen des deutschen Ministerialdirektors Clodius vom 3. Juni 1943 über den damaligen Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz hervor. Clodius gegenüber hatte »das Munitionsministerium die Erklärung abgegeben, dass (...) auch die beschränkten Schweizer Lieferungen gerade in den nächsten Monaten nicht zu entbehren sind«. Weiter habe das »Rüstungsministerium (...) angeführt, die an die Schweiz vergebenen Rüstungsaufträge machten zwar nur etwa ein halbes Prozent der deutschen Rüstungskapazität aus; es handele sich aber um besonders wichtige technische Speziallieferungen, deren Ausfall gerade in den nächsten Monaten u.a. das deutsche Panzerprogramm und das Fernsteuerprogramm erheblich beeinflussen würde. (...) Diese Lieferungen sind auch dadurch gerade jetzt besonders wichtig geworden, da – zum Beispiel bei Kugellagern – in der entsprechenden deutschen Industrie in letzter Zeit Ausfälle durch Luftangriffe eingetreten sind.« Was die deutschen Stromimporte aus der Schweiz betraf, hatte das Munitionsministerium gegenüber Ministerialdirektor Clodius darauf hingewiesen, dass die »Abschneidung der [schweizerischen] Stromzufuhr für Süddeutschland zum Teil wichtige Kriegsproduktionen beeinträchtigen würde, und zwar vor allem die Aluminiumfabrikation in Rheinfelden, die einen erheblichen Teil der deutschen Aluminiumproduktion darstelle«.

Aluminium war ein entscheidender Grundstoff für die deutsche Flugzeugindustrie. Das in Altenrhein/SG gelegene schweizerische Zweigunternehmen der Dornier Werke/Friedrichshafen produzierte ganze Flugzeugteile für das Stammwerk am anderen Ufer des Bodensees. Ein damals da arbeitender 23jähriger Flugzeugspengler erzählt in Simone Chiquets Buch »Es war halt Krieg«: »Da in Altenrhein auch Bestandteile für den Do 207 der deutschen Flugwaffe hergestellt wurden, waren wir in dieser Fabrik vor einem Bombenangriff keineswegs sicher. Dies führte dazu, dass beim Herannahen einer Bomberformation die ganze Belegschaft die Fabrik zu verlassen hatte, um im hohen Schilf am Seeufer Zuflucht zu suchen. Luftschutzräume gab es keine.«

Die Schweiz lieferte den Deutschen etwa auch Kurzwellensen-

der, unter anderem der in Zürich ansässigen Firmen Lorenz und Telefunken, die bei der Luftwaffe Verwendung fanden. In ihrem Gewissen schrieben viele die Aufträge als Massnahmen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit ab, ohne zu bedenken, dass auch die deutschen Nationalsozialisten in der Weltwirtschaftskrise mit diesem Argument bei ihrem Wahlvolk die letzten Bedenken beseitigten. So berichtet Walter Krieg aus Lachen/SZ dem »Beobachter«: »Was Arbeitslosigkeit bedeutet, sollte bekannt sein. Auch die Firma, in welcher ich arbeitete, hatte für die Nazis gearbeitet, es waren immerhin 20 Personen mit der Herstellung des Peilrahmens für U-Bootpeilgeräte beschäftigt. Das ging vielleicht 16 Monate, dann kam ein Brief aus Berlin mit dem Inhalt »Bezahlung nach dem Siege«. Dass damit mit der Arbeit aus war, ist sicher verständlich.«

Am 29. Juni 1942 beauftragte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Weizsäcker, den deutschen Gesandten in Bern, Otto Karl Köcher, bei Pilet-Golaz vorzusprechen und »auch die Frage eines ausreichenden Flakschutzes der Schweizer Industrie anzuschneiden«. Es sei, so Weizsäcker, »hier (...) unser Interesse in erster Linie ein militärisches und betrifft ganz besonders die Kriegsgeräteindustrie um Zürich, die weitgehend für die deutsche Rüstungsindustrie arbeitet«. Köcher berichtete am 8. Juli 1942, Bundesrat Pilet-Golaz habe ihm diesbezüglich erklärt: »Ein Flakschutz ausschliesslich für die Werke, die für Deutschland arbeiteten, insbesondere Oerlikon, [sei] nicht durchführbar. (...) Eine derartige Kenntlichmachung der Werke, an denen Deutschland interessiert sei, liege aber auch nicht in unserem [deutschen] Interesse. Es sei daher besser, kein Aufsehen zu erregen, das die ohnehin prekäre wirtschaftspolitische Lage der Schweiz dem Britischen Reich gegenüber noch weiter erschwere.« Pilet-Golaz hatte dem deutschen Gesandten auch freimütig erklärt, der Bundesrat habe in den Fabriken »eine Verstärkung der Sabotageabwehr« beschlossen. Befürchtet wurden schweizerischerseits nicht zuletzt Aktionen durch, so Köcher, »Fallschirmsaboteure, deren man vornehmlich die Amerikaner verdächtige«.

Wie den »Basler Nachrichten« zu entnehmen war, hatte die »Prawda« auch erklärt, »die Schweiz habe grosse Mengen von (...)

strategisch wichtige[m] Material an die Deutschen verkauft, wie zum Beispiel Aluminium, Magnesium und synthetisches Kreolit«.

Zum Vorwurf der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte, den die »Prawda« erhob, merkte die Kriegstechnische Abteilung nur an: »Was noch zum Export gelangt, sind Überschüsse an Zuchtvieh sowie [von] Obst und Obstprodukten (...). Seit Ende 1942/Anfang 1943 werden nach Deutschland weder Käse noch Kondensmilch exportiert«, was ein Eingeständnis war, dass zuvor diese Produkte sehr wohl ausgeführt worden waren.

Als im Herbst 1942 »die Käsezuteilung in der Schweiz« für die Bevölkerung erhöht wurde, lag das einzig daran, dass, wie einem Bericht des Chefs der deutschen Sicherheitspolizei über eine Konferenz der schweizerischen kantonalen Zentralstellen für Kriegswirtschaft zu entnehmen ist, »der Käse, der für Deutschland reserviert war, wegen Überreife im Inland zur Verteilung kommen musste. Dieser Käse, der als Kompensation für Kohlen- und Eisenimporte gedacht war, sei deswegen nicht zur Ausfuhr gelangt, weil die entsprechenden Wirtschaftsverhandlungen noch nicht abgeschlossen waren.« Der Käseexport hatte in der Gerüchte-Sammelstelle von »Heer und Haus« immer wieder für Kopfzerbrechen gesorgt. Eine Frau Lienhard aus Schaffhausen schrieb am 15. Oktober 1943: »Dass die Leute immer und schon längst behaupten, dass Käse nach Deutschland exportiert werde, kann den Leuten nicht ausgetrieben werden. Und wenn es auch so wäre, damit die Schweiz tauschen würde gegen Kohle, der Schweizer gönnt dem Deutschen den guten Käse nicht. Aus dem Grunde, weil die Deutschen immer wieder plagieren, dass sie genügend und bessere Lebensmittel haben als die Schweiz.« Dr. August R. Lindt vom Aufklärungsdienst betonte in seinem Schlussbericht ebenfalls, sichtlich um Rechtfertigung bemüht: »Das Volk wusste nichts von den deutschen Gegenleistungen. Deshalb wurde im Export von Käse, Schlachtvieh und Elektrizität eine unverantwortliche Benachteiligung unserer Versorgungslage, ein wirklicher Skandal erblickt.«

Die K.T.A. musste auch zugeben, was die »Prawda« über »schweizerische Autowerke« meldete, die »mit der Reparatur von Fahrzeugen der deutschen Wehrmacht beschäftigt gewesen seien«: »Unter der Ägide des Schweizerischen Autogewerbe-Verbandes

wurden in den Jahren 1942-1943 ca. 2000 Stück deutscher Lastwagen repariert, was einen gesamten Reparaturlohnbetrag von rund 12 Millionen Fr. beanspruchte. Die schweizerischen Stellen stimmten dieser Transaktion notgedrungen zu, weil das schweizerische Autogewerbe zufolge der durch den Krieg bedingten Einschränkungen besonders stark zu leiden hatte.«

Die ›Prawda‹-Enthüllungen stellten so etwas wie die nachträgliche Erklärung für die schallende ›Ohrfeige‹ dar, mit welcher die Sowjetunion kurz zuvor, am 1. November 1944, den halbherzigen schweizerischen Vorschlag zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zurückgewiesen hatte. Im November 1918 waren diese nach der Zerstörung der schweizerischen Gesandtschaft in Petersburg abgebrochen worden. Während Jahrzehnten hatte die Schweiz sich daraufhin gestäubt, die Sowjetunion diplomatisch anzuerkennen. Die Ermordung des Römer Botschafters der Sowjetunion, Worowsky, am 10. Mai 1923 in Lausanne, der als Beobachter an einer internationalen Konferenz in die Schweiz gekommen war, und der Freispruch für den Bündner Russland-Rückkehrer und Mörder Conradi vor einem Waadtländer Geschworenengericht vertieften die Gräben weiter, ebenso wie der früher erwähnte Versuch Mottas, 1934 die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund zu verhindern. In parlamentarischen Vorstössen hatten die Sozialdemokraten wiederholt darauf gedrängt, das Verhältnis zur Sowjetunion zu normalisieren, zuletzt in der Motion Reinhard vom 22. September 1943. Doch noch am 29. März 1944 erklärte Bundesrat Pilet-Golaz in seiner lange hinausgezögerten Antwort auf diese Motion, die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen könne erst »mit der Zeit« erfolgen, obwohl die Schweiz mit ihrer »allgemeinen und strahlenden Neutralität nichts anderes verlange, als mit allen Staaten gute Beziehungen zu unterhalten«. Nationalrat Reinhard wies vergeblich daraufhin, dass die »einst als Weltfeind Nummer 1« dargestellte Sowjetunion zu einer »Grossmacht« geworden war, die aus Europa »nicht mehr wegzudenken« sei: »Die wenigen vom Krieg verschonten Neutralen [Schweiz, Türkei, Spanien, Portugal, Schwe-

den] werden Mühe haben, Siegern und Besiegten ihr Recht nachzuweisen, neutral geblieben zu sein. Die gemarterten Völker eines ans Kreuz geschlagenen Europa, alle jene Staaten, die ohne Schuld in den Mahlstrom des Krieges gerissen worden sind, werden ihr von Tränen und Blut zerstörtes Angesicht erheben und fragen: Mit welchem Recht seid ihr verschont geblieben? (...) In dieser Zeit der Unsicherheit (...) wird es für uns von allergrösstem Interesse sein, dass wir uns nicht aus der Diskussion um den Frieden (...) ausgeschaltet sehen, weil wir zu einem der in Europa entscheidenden Staaten die selbstverständlichen und freundschaftlichen, normalen Beziehungen nicht herzustellen vermochten.«

Die Schweiz nahm sich in den Augen der Sowjets zuviel Zeit, um über den eigenen Schatten zu springen. Erst am 10. Oktober 1944 hatte der Bundesrat der Sowjetunion den Vorschlag zur Wiederherstellung diplomatischer Kontakte übermittelt. Als sich der Bundesrat nach der sowjetischen Abfuhr vom 1. November zunächst einfach taub stellte, machte Radio Moskau die Affäre am Abend des 4. November 1944 publik und meldete, die Schweizer Regierung habe in ihrer diplomatischen Note »an die alten demokratischen Traditionen der Schweiz« erinnert und sich bereit erklärt, »alle Probleme der Vergangenheit offen zu diskutieren«, übergehe dabei aber »mit Stillschweigen die Politik (...), die in all den vergangenen Jahren gegenüber der Sowjetregierung verfolgt worden ist. Es ist in der Tat eine wohlbekannte Tatsache, dass die schweizerische Regierung in Verletzung ihrer alten demokratischen Überlieferung gegenüber der Sowjetunion, die gemeinsam mit anderen Ländern im Interesse der friedliebenden Völker gegen Hitler-Deutschland konsequent Krieg führt, viele Jahre lang eine profaschistische Politik verfolgt hat.«

Das ›Njet‹ hatte sich schon Ende Oktober 1944 an der Chicagoer Konferenz für Zivilschutzfahrt abzuzeichnen begonnen, als die Moskauer Delegation es ablehnte, sich mit Vertretern »der Schweiz, Spaniens und Portugals - Länder, die seit einer Reihe von Jahren eine feindselige Politik gegenüber der Sowjetunion geführt haben«, an einen Tisch zu setzen und, wenn auch offensichtlich noch aus ganz anderen politischen Gründen, wieder abreiste.

Der resolute Antibolschewismus stellte für die Schweiz lange